

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Staatsminister Thorsten Glauber

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Eric Beißwenger

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Florian Streibl

Abg. Florian von Brunn

Abg. Christoph Skutella

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Tanja Schorer-Dremel

Abg. Rosi Steinberger

Abg. Benno Zierer

Abg. Christian Kligen

Abg. Alexander Flierl

Abg. Christian Hierneis

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Regierungserklärung des Staatsministers für Umwelt und Verbraucherschutz

"Wasserzukunft Bayern 2050: Wasser neu denken!"

Das Wort hat Herr Staatsminister Thorsten Glauber.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Pandemie ist die größte Herausforderung seit Jahrzehnten. Trotzdem bin ich tief davon überzeugt: Wir werden diese Herausforderung meistern. Wir werden Corona überwinden und die Krise hinter uns lassen, weil wir daran mit aller Kraft arbeiten, in der Politik, in vielen Verwaltungen, in der Medizin und in der Gesellschaft insgesamt.

Die Tücke des Coronavirus liegt nicht nur in seiner Gefahr für die Gesundheit, sondern auch in seiner Allgegenwart und seiner Dominanz. Wir müssen Corona bekämpfen, ohne dabei andere große Herausforderungen aus den Augen zu verlieren; denn diese Herausforderungen dulden keinen Aufschub, weil sie entscheidend für unsere Lebensqualität und für unser aller Zukunft sein werden. Eines dieser Themen greife ich heute auf.

Nach dem Thema Artenschutz wird meine zweite Regierungserklärung nichts weniger als die Sicherung der Zukunft von Bayerns Wasser behandeln. Vor 50 Jahren schlug die Demokratie in diesem Hause mit voller Kraft zu: Am 8. Dezember 1970 wurde das Bayerische Umweltministerium gegründet, das erste in Deutschland, das erste in Europa und wohl auch das erste in der Welt. Jedem war klar: Die Umweltschäden werden größer. Wir müssen etwas tun. Das war eine Sternstunde des Parlamentarismus. Hier schlug das Herz mit voller Kraft. Kolleginnen und Kollegen, 50 Jahre sind eine lange Zeit, aber Naturschutz braucht diese Langfristigkeit, braucht lange Zeiträume; denn Existenzthemen müssen gelöst werden. Sie haben oft eine schicksalhafte Wechselwirkung. Sie sind kommunizierende Röhren. Deshalb brauchen wir strategische Linien, und wir brauchen einen gemeinsamen Ansatz.

Erstens. Der Klimaschutz ist für uns eine große Herausforderung. In ein paar Wochen werden wir hier gemeinsam in Zweiter Lesung über das neue Bayerische Klimaschutzgesetz sprechen. Wir haben 100 Maßnahmen in den Blick genommen. Wir haben einen 10-Punkte-Plan entwickelt. Wir haben eine Offensive vom Moorschutz bis zur E-Ladesäule, von der Wasserstoffstrategie bis zum Waldumbau, von der nachhaltigen Mobilität bis zur Kohlenstoffbindung im Boden geschaffen. Wir haben alle Themen, von der Ressourceneffizienz bis hin zu Cleantech, aufgegriffen und in diesen 100 Maßnahmen dargestellt. Wir werden eine Milliarde Euro investieren, um beim Thema Klimaschutz voranzukommen.

Die zweite Säule ist das Thema Artenschutz. Wir haben in diesem Haus ein Doppelgesetz beschlossen, ein Volksbegehren Plus. Das war auch deshalb epochal, weil das Bundesnaturschutzgesetz, das aktuell beraten wird, auf Entscheidungen, die dieses Hohe Haus getroffen hat, aufsetzt. Damit haben wir dem Willen des Souveräns entsprochen. Wir haben als Legislative unsere Handlungsfähigkeit bewiesen. Und wir haben uns gemeinsam auf die Rettung dieser Lebensgrundlage verständigt.

Die letzten zwei Jahre waren eine Blütezeit für den Artenschutz. Ich nenne nur die Weltenburger Enge, das erste nationale Naturmonument, oder den Nationalpark Bayerischer Wald, den bald größten Wald-Nationalpark innerhalb Deutschlands. Wir haben gemeinsam beschlossen, 6.000 Hektar Naturwaldflächen zu schaffen. Wir sind beim Thema Vertragsnaturschutz momentan mit 23.000 Landwirten – es waren noch nie so viele wie heute – im Vertrag. Wir sind heute mit 120.000 Hektar wirklich auf einem sehr, sehr guten Weg: Auf 80 % der Landesfläche bestehen Landschaftspflegeverbände. Der Landschaftspflegeverband ist auch der Ansatz für die Kooperation; denn wir haben die Kommune sowie den Bürger und den Landwirt, der draußen, vor Ort, aktiv ist, und wir haben die Zusammenarbeit mit den Landkreisen und Naturschutzbehörden. Dieses gemeinsame Wirken in unseren Landschaftspflegeverbänden ist der kooperative Ansatz.

Wir haben hier viel erreicht. Wir haben Blockaden überwunden. Natur-, Klima- und Artenschutz galten immer als Spaltbild unserer Gesellschaft. Unser Weg in diesem Haus war ganz klar: Kooperation statt Konfrontation, Bessermachen statt Besserwissen, mit den Menschen statt über sie; denn nur miteinander schaffen wir diese Herkulesarbeit aus Klima- und Artenschutz.

Heute möchte ich einen weiteren Schwerpunkt, ein drittes großes Existenzthema aufrufen. Es geht um die Grundlage, die dankenswerterweise auch der Ministerpräsident, der heute aktuell in der Ministerpräsidentenkonferenz tagt, aufgreift und zu der er eine ganz klare Positionierung zeigt. Unsere gemeinsame Aufgabe lautet: Einstieg in die Wasserzukunft Bayerns. "Wasser ist Leben" – was macht es mit einem, wenn einem dieser Schriftzug begegnet? – Für mich ist in der Zeit, als ich als Ferienarbeiter an unserem Wasserhaus den Schriftzug "Wasser ist Leben" anbringen konnte, das Verständnis für dieses Thema entstanden, und in meiner Zeit als junger Gemeinderat habe ich immer dafür geworben: Machen wir uns Gedanken über die Zukunft unseres Wassers!

Ich möchte heute eine Arbeitsdebatte anstoßen, um das Zukunftsthema "Wasser ist Leben" in unsere Köpfe zu bringen. Ich kann Ihnen Beispiele aus Schreiben nennen, die wir im Staatsministerium erhalten, Briefe von Bürgern in brennender Sorge. Sie alle sind in unserem Land unterwegs. Jeder weiß: Felder trocknen aus, Wälder verdursten, Unwetter, Orkane, in jedem Jahr Hitze und Trockenheitsstress. Das ist es, was uns begegnet. Die Wahrheit lautet: Wir müssen uns heute wappnen. Waldbrände in Kalifornien, Backofenstädte in Asien, Hitzestress in Frankreich, Bewässerungsnotstand in Spanien – das ist der aktuelle Zustand.

Deshalb mein Appell: Wir müssen den Vorsprung, den wir noch haben, nutzen. Wir müssen heute kluge Entscheidungen für das Jahr 2050 treffen; und nachdem ich sage, "kluge Entscheidungen für 2050", werde ich Ihnen Beispiele zeigen, warum es nicht nur um den Hochwasserschutz geht, sondern auch um ein Wasserbauprogramm, wie es in der Geschichte des Freistaates noch nie vorkam. Wir brauchen eine

Strategie, um die Wasserzukunft zu sichern, und das nicht nur innerhalb einer Legislaturperiode; dieser Zeitraum wäre viel zu kurz. Wir müssen hierbei in Dekaden denken und deutlich weiter hinaus schauen.

Wir brauchen für die Wasserzukunft fünf starke Säulen. Eine Säule: Wasser speichern. Die zweite Säule: Wasser verteilen. Die dritte Säule: Wasser schützen. Die vierte Säule: Wasser schätzen; und als letzte Säule: Wasser gemeinschaftlich gesamt denken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Was ist das Hauptproblem, Kolleginnen und Kollegen, wenn wir über Trockenheit sprechen? Wenn wir auf die Deutschlandkarte schauen, dann sehen wir Gelb, Orange und Rot; und es ist nicht die Pandemieampel, sondern die Studie des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung, die den Dürremonitor für Deutschland zeigt und wie sich der Oberboden und der Gesamtboden zusammensetzen. Das Grundwasser geht verloren. In jedem Jahr haben wir aktuell ein Fünftel weniger an Grundwasserneubildung, Tendenz: negativ. Wir sind auf dem Weg zum Grundwassernotstand, das muss jedem klar sein; und davon ist der Norden noch stärker als der Süden betroffen.

Fazit: Unsere Landschaft trocknet aus – in der Fläche, aber auch in der Tiefe. Das ist nicht zu negieren. Unser Boden ist trocken wie Knäckebrot, er zerfällt zu Sand. Wir müssen heute dafür sorgen, dass Boden nicht weiter entwässert wird und dass in der Landwirtschaft und bei Baumaßnahmen am Ende Wasser im Grund bleibt. Das heißt für mich: Wir müssen klare Maßnahmen für die nächsten Jahre – das wird das Programm "Wasserzukunft Bayern 2050" zeigen – beim Thema Wasserhaushalt aufzeigen. Dies bedeutet, Moore als CO₂-Speicher müssen erhalten bleiben. Wasser müssen wir so viel wie möglich versickern sowie Böden erhalten und aufbauen, um auch beim Thema CO₂-Einspeicherung voranzukommen. Wir brauchen schattenspendende Uferstreifen für die Biodiversität. Wir brauchen Versickerungsstrukturen sowie ein Drainagekataster und ein Drainagemanagement, um das Entwässern der Böden zu ver-

hindern. Wir müssen Auen regenerieren und Gewässer renaturieren, und wir müssen noch eines: Wir müssen unsere Wälder erhalten, damit diese Speicherfunktion auch weiter funktioniert.

Dieses Programm ist ein gesamtgesellschaftliches Programm, und es ist die Herausforderung für das ganze Haus, keine Parteipolitik. Ich möchte Landwirte und Förster mit an den Tisch holen sowie Kommunen, Landschaftspflegeverbände, die Wasserexperten aus dem Haus, 100 an der Zahl. Wir haben ein Landesamt für Umwelt, die Wasserwirtschaftsämter und die Kolleginnen und Kollegen in den Regierungen. Wir haben eine Expertenkommission für Wasserversorgung, der ich vorsitzen darf, und die ersten Ideen sind sehr vielversprechend.

Deshalb ist ganz klar: Wenn wir über Bayerns Zukunft sprechen, dann müssen wir auch über das Thema Schwammfunktion und Schwammstädte sprechen. Schwammstädte, das ist zunächst ein Begriff, den nicht jeder gleich vor Augen hat. Was bedeutet es, wenn sich eine Kommune heute daranmacht, eine Schwammfunktion darzustellen? Eine Schwammfunktion in Stadt und Kommune müssen wir aus fünf Elementen zusammensetzen. Wir haben in unseren Städten einen Backofen- bzw. Kachelofeneffekt. Dem begegnen wir mit grüner Fassade, mit grüner Infrastruktur. Dem begegnen wir in der blauen Infrastruktur, wenn wir diese Schwammfunktion aufbauen wollen.

Was heißt das? – Wir müssen Wasser im Boden halten. Bei Starkregenereignissen müssen wir Wasser dann nicht managen, weil es nicht abfließt, und wir bekommen eine Verdunstungskühle. Wir bekommen letztendlich genau die Lebensqualität in Stadt und Land, die wir uns alle wünschen. Schwammfunktion heißt in der Fachwelt "Sponge City". Unsere Kinder kennen SpongeBob, sie kennen diese Schwammfunktion. Diese müssen wir darstellen. Wir müssen die Schwammfunktion einbauen.

Wir machen Pilotkonzepte mit den Architekten, Ingenieuren und Verbänden. Ich danke dem Bauministerium, der Kollegin Kerstin Schreyer, die dabei ist. Der VdW ist mit sei-

nen 450 Wohnungsbaugesellschaften unser Partner, damit wir grüne und blaue Infrastruktur als Leuchtturmprojekte umsetzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Herausforderung Waldumbau. Der Waldumbau muss gelingen; denn der Wald ist der Wasserspeicher der Zukunft. Deshalb werden wir hier ranmüssen.

Ein weiterer ganz großer Aspekt: Schauen wir auf die Entscheidung des Jahres 1970. Damals wurde nicht nur das Umweltministerium gegründet, sondern es wurde eine weitreichende Entscheidung in diesem Haus getroffen, und zwar zur Donau-Main-Überleitung. 1970 hat die Debatte darüber begonnen, 1972 wurde das in diesem Haus entschieden, und dann wurden auch die Baumaßnahmen begonnen.

Das war eine Baumaßnahme, die bis 1993 angedauert hat. 500 Millionen hat der Freistaat Bayern in diese Maßnahme investiert. Was machen wir damit? Wir leiten heute aus dem Süden in den Norden, aus der Donau heraus, 150 Millionen Kubikmeter Wasser vom Süden in den Norden: 150 Millionen Kubikmeter jährlich!

Das ist eine gigantische Lebensversicherung für uns im Norden, für Regnitz und Main. Für den Betrieb investiert der Freistaat jährlich 6 Millionen Euro. Das ist die Lebensversicherung für unsere Naturinfrastruktur, für unsere Gewässer im Norden. Deshalb muss man sagen: Was für eine kluge Entscheidung, die die Kolleginnen und Kollegen 1970 eben mit ganz langem Zeithorizont getroffen haben, um letztendlich dieser damals schon prognostizierten Niederschlagsreduzierung wirklich zu begegnen.

Wir haben heute im Norden, in vielen Teilen Frankens, 500 Liter Niederschlag pro Jahr. 500 Liter! Wir liegen damit auf dem Niveau Mittelitaliens und Spaniens. Das muss jedem klar sein. Deshalb ist es so klug, tatsächlich jetzt die Entscheidungen zu treffen, um für die Zukunft fit zu sein.

Sprich: Wir wollen, dass diese Überleitungsstränge fit gemacht werden. Diese Überleitungsstränge fit zu machen, bedeutet, dass wir die Donau heute nicht überfordern dürfen. Wir werden die Maßnahmen treffen, um die Donau aus dem südbayerischen Raum heraus zu stärken, um sie letztendlich stabil zu machen, damit dieser Donauüberleiter auch weiterhin gut funktioniert.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist ein bayernweiter Speichercheck. Wir brauchen eine Speicherreserve, wir brauchen einen Speichercheck, wir brauchen einen Generalplan für Niedrigwassermanagement. Bei einem Speichercheck geht es nicht nur um große Speicher, sondern um alle Speicher, um alle Möglichkeiten, Wasser einzuspeichern und zu bevorraten, um letztendlich die Grundwasserneubildung mit einer Speicherexpertise zu stärken und anzuregen. Da ist wirklich ein offenes Denken gefragt.

Zweite Säule: Wasser verteilen. Kolleginnen und Kollegen, schauen wir in die Geschichte: Römische Aquädukte waren vor 2.000 Jahren der Inbegriff der Innovation. Sie waren die Arterien eines Weltreichs, so wie unsere Wasserversorgung eine blaue Daseinsvorsorge ist.

Das Schicksal einer guten Wasserversorgung ist leider, dass sie kein Mensch sieht. Das macht es auch so schwer; denn Wasser kommt ja aus dem Wasserhahn. Die Wasserversorgung ist das Thermometer der Lebensqualität. Ich möchte ihren Wert in das Bewusstsein der Menschen rücken.

Ich möchte allen danken, die in den letzten Jahren und auch in der Pandemie einen hervorragenden Dienst tun. In ganz vielen Orten, in ganz vielen Wasserversorgungen wird 24 Stunden, rund um die Uhr, für uns gearbeitet. Viele von uns wissen nicht, wer von uns diese wertvolle Arbeit macht, wer bei dieser tollen Arbeit in Pandemiezeiten nicht fragt, wie es gelingen kann.

Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es ist auch in Ihrem Sinne, wenn wir heute gemeinsam den Kolleginnen und Kollegen danken, die für uns diese blaue Infrastruktur in hervorragender Art und Weise aufrechterhalten.

(Allgemeiner Beifall)

Hannah Arendt fordert von uns und empfiehlt: "Denken ohne Geländer". "Denken ohne Geländer" bedeutet, frei zu sein, frei zu sein für neue Ideen.

Deshalb haben wir uns darangemacht, ein Zukunftskonzept für die Fernwasserversorgung aufzusetzen. Aus dem Status quo heraus wollen wir schauen, welche neuen Ideen möglich sind. Wir wollen wirklich neue Gewinnungsanlagen, neue Speicher, neue Leitungen aufbauen. Eine Idee, ein Schlagwort für das, was wir neu gestalten wollen, ist eine zusätzliche Fernwasserleitung West, um letztendlich die Trinkwasserpotenziale aus dem Donaauraum, aus dem Uferfiltrat, aufzugreifen, um diese wertvolle Ressource Trinkwasser in den Norden zu bringen.

Wir werden damit weiter zur Stabilisierung und zur Vernetzung beitragen; denn Stabilisierung und Vernetzung sind gerade in der jetzigen Zeit die große Herausforderung. Vernetzen, Wasser neu denken, Wasser vom Norden in den Norden bringen: Oft wird nur darüber gesprochen, Wasser vom Süden in den Norden zu bringen. Nein! Lassen Sie uns gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen in Sachsen und in Thüringen denken. Das ist der viel kürzere Weg. Lassen Sie uns uns mit den Kolleginnen und Kollegen verbinden, um Wasser vom Norden in den Norden zu denken. Lassen Sie uns wirklich offen sein für Lösungen. Lassen Sie uns mit unseren Kolleginnen und Kollegen in Baden-Württemberg, die eine hervorragende Infrastruktur aufgebaut haben, gemeinsam arbeiten. Lassen Sie uns mit den Kollegen in Erfurt, Dresden und Stuttgart zusammenarbeiten. Wir sind wirklich dabei, Gespräche darüber zu führen, wie wir es schaffen, dieses Thema Wasser vielschichtig zu denken.

Eines ist auch klar: Wir werden heute gefordert sein, uns an mehreren Orten, an vielen Orten miteinander zu verständigen. Denn eines ist auch klar: Die Wasserversorgung vor Ort funktioniert nur in Gemeinsamkeit. Wer heute nicht gemeinsam tätig ist, wird am Ende einsam sein. Das sage ich Ihnen voraus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Deshalb ist es so wichtig, darüber zu sprechen.

Wir haben beim Thema RZWAs, bei den Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben, 400 km Verbundleitungen in Anträgen, weil wir genau diese Stabilität darstellen wollen, weil wir genau diese Vernetzung voranbringen.

Ich bin dem Hohen Hause sehr dankbar, dass man in den RZWAs den Kommunen weiterhin diese volle Unterstützung sichert und zuspricht, dass das Hohe Haus mit den Kommunen zusammen in Partnerschaftlichkeit diese wirklich wichtige Aufgabe – egal ob große oder kleine Wasserversorgung – gemeinsam angeht und damit auch diesen Gedanken vorantreibt.

Zum Bewässern gehört auch die Bewässerung auf dem Feld. Meine Idee ist nicht eine Bewässerung von Biogasmais. Das ist nicht die Herausforderung, die vor uns steht. Aber uns allen muss klar sein: Wer gesunde Lebensmittel möchte, braucht gesundes und gutes Wasser. Diese gesunden Lebensmittel wollen unsere Landwirte produzieren.

Deshalb müssen wir über einen Aktionsplan Bewässerung nachdenken. Dafür gibt es sehr gute Ideen: 19 verschiedene Modellprojekte sind in der Pipeline. Wir werden in die Bewässerungsinfrastruktur einsteigen. Dabei geht es um alle Kulturen. Es geht um den Hopfen, es geht um den Wein, es geht um das Gemüse und um das Obst. Wir wollen, dass unsere Landwirte mit diesen Bewässerungskonzepten auch für die Zukunft gut aufgestellt sind. Ich bin mir sicher, gemeinsam mit der Kollegin Michaela Kaniber, dass wir den Nachhaltigkeitsgedanken voranbringen wollen.

Ja, unsere Landwirte sind Alleskönner. Sie sind Landwirte und Betriebswirte, sie sind Energiewirte und müssen die Herausforderung auch als Wasserwirte bestehen können. Ich sichere ihnen zu: Unsere Wasserwirtschaftsämter werden ebenso wie die Naturschutzbehörden und die Landwirtschaftsämter mit staatlichen Beratern vor Ort an ihrer Seite stehen, um die gemeinsame Zukunft der Bewässerungsinfrastruktur auch

gemeinsam meistern zu können. Diese Verantwortung übernehmen wir hier in diesem Hohen Hause.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritte Säule: Wasser schützen. Gesundes, sauberes Wasser: Wenn Gollum aus "Herr der Ringe" der Leiter eines Wasserwirtschaftsamtes wäre, dann wüssten wir, was er meint, wenn er dauernd von "mein Schatz" spricht: bayerisches Wasser; vielleicht geschöpft aus unseren Trinkwassertalsperren, einem Quellbach im Nationalpark Bayerischer Wald oder dem Königsee im Nationalpark Berchtesgaden.

Bayern ist hier das Glücksland Nummer eins, weil wir das Wasser als Lebensmittel Nummer eins haben. Ich will hier nicht pathetisch werden, aber Wasser ist ein Geschenk des Himmels. Für mich ist ganz klar, dass dieses Geschenk unantastbar ist. Es ist nicht verhandelbar, es gibt hier kein Pi mal Daumen. Wasser ist heilig, und zwar nicht nur als Weihwasser, Kolleginnen und Kollegen.

Deswegen müssen wir die Nitratbelastung aus dem Boden bekommen. Wir müssen natürlich – was sonst – die Pflanzenschutzmittelbelastung senken. Ich gebe zu Protokoll, weil das immer verwechselt wird: Wir messen in der Düngeverordnung nur den Blutdruck, und das machen wir mit einem hochmodernen Messstellensystem. Aktuell haben wir 200 neue Messstellen zu den bestehenden 600 Messstellen hinzubekommen, um letztendlich eine bundeseinheitliche Wegweisung zu vollziehen.

Für alle, die glauben, Sie müssten hier wieder einmal etwas anderes tun: Den bundeseinheitlichen Weg beschreitet auch Bayern. Wir haben hier eine gesamte Regelung, und wir haben uns darangemacht und im ersten Jahr 200 neue Messstellen hinzubekommen. Ich sage auch ganz klar: Nur mit Messstellen in der Fläche, in der Menge, wird sich am Ende ein gerechter und ein guter Wert darstellen können, und das wird die Aufgabe sein. – Die Medikamente verschreibt der zuständige Arzt, und in Bayern ist es in diesem Fall eine Ärztin, die diese Medikamente verschreibt.

Für Stickstoff ist sicherlich nicht nur die Landwirtschaft verantwortlich, es gibt noch weitere Faktoren. Es muss uns aber gelingen – und dazu gehört auch die Landwirtschaft –, das Problem gemeinsam zu lösen.

Beim Gewässerrandstreifen sind wir diesbezüglich auf einem guten Weg, und ich bin davon überzeugt, dass das hohe Maß an Biodiversität am Uferstrand der richtige Weg ist. Es gibt eine Phosphorkulisse, und es gibt eine Gebietskulisse zum Gewässerrandstreifen, und wenn die Frage auftaucht: "Warum gibt es denn keine Gebietskulisse?", kann man darauf antworten: Es gibt eine Gebietskulisse, ein Volksbegehren und ein Begleitgesetz, und seit dem Sommer des letzten Jahres gilt die Regelung zum Gewässerrandstreifen. – Was die Diskussion und die Frage: "Gilt das denn überhaupt?" anbelangt, muss man sagen: Ja natürlich gilt das; das hat Gesetzeskraft.

Am Ende des Tages muss aber eine digitale Karte erstellt werden. Überlegen wir uns nur, dass wir 8.800 km Gewässer der ersten und zweiten Ordnung haben. Dafür liegt die Zuständigkeit in der Verantwortung des Freistaates, und natürlich gibt es diese Karte digital. Wir haben aber auch noch rund 100.000 km Gewässer dritter Ordnung und begleitende Gewässer.

Kolleginnen und Kollegen, es muss auch klar sein: Eine Karte dieser Qualität soll eine Qualität made in Bayern haben – sie sollte gut sein –, und an dieser Karte arbeiten wir im Schulterschluss in hervorragender Art und Weise. Wir arbeiten natürlich mit unseren Wasserwirtschaftsämtern draußen in der Fläche, und wir sind hier sichtbar. Außerdem haben wir Sie, Kolleginnen und Kollegen, darüber informiert, wie wir das machen.

Diesen Pakt "Wir wollen dieses hohe Gut des Gewässerrandstreifens und diese wertvolle Gebietskulisse für dieses hohe Maß an Biodiversität" werden wir in Bayern wunderbar abbilden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir brauchen auch beim Thema Wasserschutzgebiete einen Pakt. Ich weiß, Wasserschutzgebiete sind wie der Regensburger Dom – am Ende werden sie oft nie fertig. Aktuell haben wir in Bayern 3.200 Wasserschutzgebiete, davon sind 10 % immer wieder in der Bearbeitung – Work in Progress. Natürlich ist es auch für mich kein guter Zustand, dass wir hier acht Jahre brauchen. Wir arbeiten aber daran, dass dieser Prozess von acht Jahren pro Wasserschutzgebiet kürzer wird.

Meine Bitte an die kommunalen Mandatsträger hier ist: Wenn Wasser heilig und Leben ist, dann machen Sie mit, damit wir beim Thema Wasserschutzgebiete gemeinsam vorankommen.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der nicht nur im 21. Jahrhundert ein No-Go ist, ist die Herausforderung "Plastik im Meer, in den Weltmeeren". Wir haben aber auch Mikroplastik und Spurenstoffe in unseren Flüssen, denen wir den Kampf ansagen. Wir gehen hier voran. Wir schaffen an neunzig Kläranlagen in Bayern eine vierte Reinigungsstufe. Wir machen uns mit Siebenmeilenstiefeln daran, die Trinkwassersicherheit für 2050 zu sichern.

Wenn man von Technologie und von der vierten Reinigungsstufe spricht, dann bedeutet das, das ist auch ein Wirtschaftsfaktor, und wenn man über einen Green Deal in Europa spricht, dann bedeutet das, das ist bayerische Technologie. Wir haben die Weltleitmesse IFAT in München. Sie kann heuer aufgrund der Pandemie zwar leider nicht stattfinden, aber grundsätzlich wird durch diese Weltleitmesse Know-how aus Bayern betreffend Wasser, Abwasser und Abfall weltweit exportiert. Dieses Know-how, diesen Jobmotor, den wir hier haben, müssen wir ausbauen, und wir müssen diese Technologien in Bayern natürlich selbst einsetzen.

Säule vier: Wasser schätzen. Hier wird es ein Stück psychologisch und vielleicht auch ein wenig pädagogisch. Denn Wasser ist nicht nur etwas, das man speichert und verteilt, sondern Wasser ist Balsam für unseren Körper, es erfrischt nach hitzigen Debat-

ten in diesem Haus unseren Geist. Nach dem Joggen das kühle Nass, das Baden im See, der Spaziergang in der Auenlandschaft – ja, das ist eine großartige Geschichte.

In Bayern gab und gibt es eine wunderbare Wasserversorgung. Ich nenne nur den Karlsgraben, der die schwäbische Rezat mit der Altmühl verband. Nennen wir auch das UNESCO-Weltkulturerbe in Augsburg mit seinen Kanälen, bis hin zur angesprochenen Donau-Main-Überleitung. Das alles ist Wasser, Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen es aber vom Hirn ins Herz bekommen.

Zum Beispiel ist in Franken die Generation unserer Groß- und Urgroßeltern anders mit dem Thema umgegangen. Wasser war ein kostbares Gut. Ich habe das bei meinen Großeltern erlebt – das Wasser aus der Waschmaschine wurde gesammelt, dann wurde damit das Haus gereinigt. Bei Starkregen hat der Großvater die Regenfässer gefüllt, weil das Wasser so kostbar und rar war. Außerdem hatte er selber Zeiten erlebt, in denen das Lebensmittel Wasser nicht überall und nicht in diesem Maße zur Verfügung stand.

Wir müssen uns heute daranmachen, von dem Bewusstsein der vorherigen Generationen zu lernen, wie wir mit Wasser umgehen. Deshalb werden wir eine Offensive starten und ein neues "Haus des Wassers" errichten. Wir wollen hier ein Forschungs-, Bildungs- und Begegnungszentrum. Ich möchte, dass wir die Bürgerinnen und Bürger, aber auch Schulen stärker an dieses Thema heranführen. Kinder wissen, wie ein römischer Aquädukt funktioniert, sie waren vielleicht an der Blauen Grotte in Capri, aber sie wissen nicht, wo ihre Wasserversorgung und ihr Trinkwasser herkommen. Genau das wollen wir ändern. Wir wollen, dass Trinkwasser sozusagen in die Köpfe kommt. Wir wollen, dass in Schulen, in Bildungseinrichtungen der Weg zur Wasserversorgung der Weg ist, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Es ist verrückt, dass wir in der heutigen Zeit, in der Pandemie, das Lebensmittel Wasser einfach durch das Drehen am Wasserhahn bekommen können. Aber was machen

wir Deutsche? – Wir streiten uns in diesen Pandemiezeiten um das Klopapier und machen uns keine Gedanken über die Daseinsvorsorge Wasser.

Diese Bewusstseinslücke gilt es zu schließen. Vor allem bei Kindern, die dieses wunderbare Element Wasser erleben und die von diesem Element begeistert sind, gilt es, sie letztendlich schon früh damit zu verbinden und dieses "vom Hirn ins Herz" voranzubringen.

Lassen Sie mich zum Verbrauch nur zwei Zahlen nennen: 130 Liter verbrauchen wir pro Kopf, und rund 4.000 Liter brauchen wir pro Person und pro Tag. Für einen Liter Milch braucht es 200 Liter Wasser in der Produktion und für ein Kleidungsstück – die Jeans ist dabei am anspruchsvollsten – 9.000 Liter. Ich würde mir manchmal wünschen, dass neben der Preisauszeichnung auch einmal der Produktionsprozess steht, damit man weiß, was das für ein Ressourcenverbrauch ist.

Ressourcenschonung fängt für uns alle beim Kühlschrank an. Wir müssen letztendlich genau darauf achten, dass wir nur die Lebensmittel, die wir am Ende konsumieren, bevorraten, um beim Ressourcenverbrauch und damit beim Wassersparen voranzukommen.

Säule fünf: Wasser gemeinsam denken. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind in 16 Bundesländern gemeinsam bei dem Thema Hochwasserschutz unterwegs. Es ist völlig etabliert, gemeinsam darüber nachzudenken, den Hochwasserschutz in den Bundesländern auch gemeinsam anzugehen. Ich bin der Meinung, dass wir bei dem Thema Wasserversorgung genau den gleichen Weg gehen müssen, und wir werden in der Umweltministerkonferenz einbringen, nicht nur Hochwasserstrategien, sondern auch Trinkwasser- und Wasserversorgungsstrategien zu entwickeln, damit man hier vorankommt.

Wir brauchen eine regionale Versorgung, die funktioniert. Das Wichtigste aller zehn Gebote ist für mich deshalb das elfte: Die Wasserversorgung wird mit uns in kommunalen Händen bleiben, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Was bleibt zusammenfassend für die Zukunft Bayerns – "Wasserzukunft 2050"? – Es ist ein Generationenprojekt. Wir stellen heute die Weichen für das Wasserland Bayern. Die Zukunft gibt es nicht umsonst, Kolleginnen und Kollegen; aber wir bekommen heute noch den besten Preis dafür. Wir brauchen eine bayerische Wassermilliarde. Wir brauchen das Personal, das durch Edmund Stoibers Reform aus der Fläche abgezogen wurde. Wegen der klimatischen Veränderungen brauchen wir eben mehr Personal in der Fläche. Man muss wissen, wer draußen für unser Wasser arbeitet. Wir brauchen heute die besten Köpfe – der Markt ist leer. Wir brauchen sie in Forschung, Planung, in der Beratung, im Bau, im Unterhalt. Wir brauchen Profis, in deren Hände wir alle unser "blaues Gold" legen. Es ist für mich – gestatten Sie mir, das zu sagen – ein unglaublicher Reichtum, den wir in Bayern haben. Diese natürliche Ressource gilt es zu schützen.

Vor fünfzig Jahren haben unsere Vorgängerinnen und Vorgänger hier in diesem Saal die Gründung des Umweltministeriums – des ersten, wie beschrieben – realisiert. Das war eine kluge Entscheidung. Vor ihrer Umsicht ziehe ich heute den Hut. Ihre Weitsicht macht mich staunen.

Mein Appell: Bekennen wir uns zu dieser Verantwortung! Arbeiten wir als Parlament gemeinsam partnerschaftlich an der größten Umweltherausforderung unserer Zeit. Arbeiten wir an dem großen Ziel "Wasserzukunft Bayern" – ohne Ansehen der Parteien, ohne Anspruch auf höhere Weisheit, ohne moralische Überlegenheit. Das ist meine Bitte. Wir haben Verantwortung, die die parteipolitischen Grenzen sprengt. Wir sind alle Anwälte dieser Lebensressource Nummer eins. Wasser ist nicht nur ein Lebensmittel – Wasser ist Leben. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die Debatte wird eröffnet. Als Gesamtredezeit waren 101 Minuten vorgesehen. Durch die etwas längere

Rede des Staatsministers erhöht sich anteilmäßig die Redezeit der Fraktionen: bei der CSU um 2 Minuten, bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN um je 1 Minute, bei der AfD und der SPD um jeweils 26 Sekunden und bei der FDP um 13 Sekunden.

(Zurufe)

– Aber bitte genau drauf achten! Ganz genau! – Damit eröffne ich die Aussprache. Die erste Rede hält Kollege Ludwig Hartmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Umweltminister Glauber, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir in Bayern hatten das erste Umweltministerium und den ersten Nationalpark. Darauf können wir stolz sein. Aber bei allem Stolz auf das Vergangene ist es gleichzeitig unsere Pflicht, im Hier und Jetzt eine kraftvolle Umweltpolitik einzufordern. Sehr geehrter Herr Minister, diesen Anspruch an eine kraftvolle Umweltpolitik habe ich in Ihrer Rede leider vermisst.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe)

Ihre Rückblicke auf vergangene Erfolge lenken doch davon ab, dass der Schutz der Lebensgrundlagen bei Ihnen nicht die Priorität hat, die er haben müsste. In meinen Augen kann und muss Politik deutlich mehr leisten, erst recht, wenn es um den Schutz unserer Lebensgrundlagen geht. Der Schutz von Wasser, Boden und Luft, der Erhalt unserer einmaligen, vielfältigen Tier- und Pflanzenwelt braucht überzeugendes, politisch mutiges Handeln. Das hat heute leider gefehlt. Wir müssen hier in Bayern die Weichen für eine gesunde Umweltpolitik stellen, statt einen Verschiebebahnhof der Verantwortungslosigkeit zu betreiben.

Ich weiß: Das ist nicht leicht, und gerettete Lebensräume und Tierwelten werden Ihnen nicht einmal Danke sagen oder Sie beklatschen. Aber eine Politik, die endlich ihrer Verantwortung für unsere natürlichen Lebensgrundlagen gerecht wird – das ist unsere Pflicht und keine Option.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben die Pflicht, unseren einmaligen Lebensraum für uns und für unsere Kinder und Enkelkinder zu erhalten.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, in der Politik geht es um die Zukunft; denn Vergangenes ist nicht mehr gestaltbar. Gleichzeitig können wir aus dem Vergangenen für die Zukunft lernen. Lassen Sie mich mal an zwei Punkten deutlich machen, wie ich das meine:

Erstens. Nationalpark Bayerischer Wald. Vor einem halben Jahrhundert wurde Deutschlands erster Nationalpark ins Leben gerufen, ein Juwel für Natur- und Artenschutz. Er ist Heimat für mehr als 14.000 heimische Arten. Etliche kommen nur noch dort vor.

Zweitens. Der Alpenplan. Für viele ist die Alpenlandschaft der Inbegriff kraftvoller, reiner Natur in Deutschland. Das wichtigste Instrument zum Schutz der Bayerischen Alpen, der sogenannte Alpenplan, stammt aus dem Jahr 1972. Das war vor 48 Jahren. Das war vor meiner Zeit hier im Landtag und wahrscheinlich auch vor der Zeit der meisten Kolleginnen und Kollegen.

Diese beiden umweltpolitischen Errungenschaften haben eines gemeinsam: Sie wurden mit Mut, Überzeugung und Standfestigkeit aufs Gleis gesetzt. Damals hatten Politiker der CSU noch das nötige Rückgrat, den Artikel 141 unserer Bayerischen Verfassung – den Schutz unserer Lebensgrundlagen – mit der nötigen Power ernst zu nehmen und umzusetzen. Ihre Vorgänger haben damals nicht nur von Freiwilligkeit und nötigen Anreizen gesprochen. Sie haben verbindliche Regeln erlassen zum Schutz der Alpen, für einen Nationalpark. Davon ist heute kaum noch etwas übrig. Die älteren Kolleginnen und Kollegen unter Ihnen erinnern sich vielleicht noch: Hans Eisenmann beim Nationalpark und Alois Glück beim Bergwaldbeschluss im Jahr 1984 – zwei Politiker, die verbindlichen Naturschutz eingefordert haben. – Heute ist der Le-

bensraum für Menschen mit Überzeugungen bei der CSU leider stark eingeschränkt. Ernsthafte Umweltpolitiker sind bei Ihnen genauso ausgestorben wie der Auerochse!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei den FREIEN WÄHLERN waren sie nie vorhanden. Da hat sich nur eine dominante Art durchgesetzt: die Art Aiwanger. Beides ist gleich fatal für die vielfältige Tier- und Pflanzenwelt in unserem Land.

(Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger – Weitere Zurufe)

Heute höre ich von Ihnen immer die gleichen Ausreden. Von wegen Handeln! Sie reden oft davon, Herr Aiwanger,

(Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger)

dass Sie die Menschen beim Natur- und Umweltschutz mitnehmen wollen. Aber es ist doch gerade anders herum: Sie werden mitgenommen! Sie werden mitgezerrt, ja regelrecht mitgeschleift von den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern, die entschlossen für mehr Artenschutz eintreten. Das erfolgreiche Volksbegehren "Rettet die Bienen" müsste Ihnen doch die Augen geöffnet haben! Fast 1,8 Millionen Menschen haben sich für mehr Artenschutz ausgesprochen und Sie dahin getrieben. Doch ist es trotz Ihrer langen Rede gerade so, dass Sie die ganz großen Baustellen der Umweltpolitik nicht wirklich anpacken. Drei ganz kurze Beispiele von vielen:

Erstens. Artenschutz. Es gibt immer weniger Schmetterlinge und Vögel. Ehemalige Allerweltsvogelarten wie der Kiebitz oder das Rebhuhn sind mittlerweile auf der Roten Liste als stark gefährdet eingestuft. 42 % der wildlebenden Säugetiere sind bei uns in Bayern im Bestand bedroht oder gefährdet, unter anderem der Feldhamster und seit Neuestem auch der Igel. Der Igel war in meiner Kindheit übrigens noch selbstverständlich im Garten zu finden. Der war so selbstverständlich wie der Weihnachtsbaum an Heiligabend. Wir erleben gerade das größte Artensterben seit dem Aussterben der Dinosaurier. Da müssen wir hier und jetzt die Notbremse ziehen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Volksbegehren – von Minister Glauber auch angesprochen – war ein allererster Schritt, dem viele weitere folgen müssen, wie zum Beispiel ein großflächiges Schutzgebiet und ein dritter Nationalpark. Denn nur dort, wo genügend Schutzraum ist, kann sich bedrohtes Leben erholen und neues Leben ausbreiten.

Die Söder-Regierung – ganz vorneweg auch Aiwanger und Glauber von den FREIEN WÄHLERN mit dabei – hat bei der Umsetzung des Volksbegehrens leider keine führende Rolle gespielt, im Gegenteil: Mit dem Aussetzen der Biotopkartierung und der Erhöhung der Hürden für den Schutz wertvoller Streuobstbestände haben Sie das Anliegen des Volksbegehrens höchstpersönlich unterlaufen. Dafür würde ich mich an Ihrer Stelle wirklich schämen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Bereich: unser Trinkwasser. Der Schutz des Trinkwassers – es ist richtig, das ist unsere wertvollste Ressource – ist für Sie nicht einmal Nebensache. Ich sage das so deutlich. Der Nitrateintrag bleibt bei fast einem Viertel der Messstellen auf einem hohen kritischen Wert. Bei 10 % wird der europäische Grenzwert sogar überschritten. Nur 5 % der Landesfläche in Bayern sind aktuell Trinkwasserschutzgebiete. Zum Vergleich: In Baden-Württemberg sind es 26 %. Trotz Hunderter Anträge für die Erweiterung von Wasserschutzgebieten stärken Sie nicht den Wasserwirtschaftsämtern den Rücken, Sie stärken auch nicht den Landräten den Rücken, sondern Sie ducken sich weg und schieben die Verantwortung ab. Deutschlandweit haben wir den allergrößten Stau an Anträgen. Das spricht nicht dafür, dass Ihnen viel am Schutz unseres wichtigsten Lebensmittels liegt, dem Trinkwasser.

Dritter Bereich: Mikroplastik. Eine Studie der Universität Bayreuth hat auf einem Hektar Ackerboden mindestens 150.000 Mikroplastikteilchen gefunden: Reifenabrieb von Fahrzeugen, Folien aus dem Gemüsebau, Kosmetika, Reinigungsmittel und Kunststoffreste. Für uns GRÜNE ist es an der Zeit für ein Verbot von Mikroplastik in Produk-

ten, für eine kommunale Verpackungsteuer und für Maßnahmen gegen die Wegwerfmentalität. Der Einsatz der Plastikfolien im Ackerbau gehört unterbunden. Unsere Böden sollen fruchtbar bleiben und keine Müllhalden werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, welchen Herausforderungen wir gegenüberstehen. Um diese Herausforderungen zu meistern, braucht es Mut, Überzeugung und Standfestigkeit. Ihr Selbstlob und Ihre Politik nach Stimmungslage werden hier immer mehr zur Belastung. Mit Ihrem Motto "Umweltschutz dort, wo er nicht stört" werden wir diese gewaltigen Herausforderungen, den Schutz der Böden, des Wassers und der Luft, nicht meistern können.

Was mich optimistisch stimmt: Die Mehrheit der Menschen wünscht sich inzwischen, dass wir das Ruder endlich herumreißen und verbindlichen Naturschutz in Bayern betreiben. Das haben fast 1,8 Millionen Menschen beim Volksbegehren "Rettet die Bienen" bewiesen. Das Schöne an dem Instrument der Volksgesetzgebung ist, man kann es mehrmals, nicht nur einmal einsetzen. Ich kann Ihnen heute schon eines versprechen: Wenn Sie sich weiterhin weigern, unsere Lebensgrundlagen zu schützen, dann ist das nächste Volksbegehren näher, als Sie denken. Es ist unsere Pflicht, beim Schutz unserer Lebensgrundlagen entschlossen zu handeln. Das ist keine Option, sondern es ist unsere Pflicht den nachfolgenden Generationen gegenüber, heute daran zu arbeiten, dass es ein gutes Morgen gibt. Das treibt uns an, im Interesse unserer Kinder und Enkelkinder.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Eric Beißwenger.

Eric Beißwenger (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern mit all seinen Lebensgrundlagen für künftige Generationen zu schützen und zu be-

wahren, ist unser Anliegen und unsere Aufgabe. Wir leben in, von und mit der Natur. Natur- und Umweltschutz gehen uns alle an. Ich meine, das Thema ist es auf alle Fälle wert, an das einmalige Jubiläum zu denken: 50 Jahre Bayerisches Umweltministerium. Als erstes deutsches Bundesland erkannte Bayern die besondere Bedeutung des Umweltschutzes und gründete bereits 1970 nicht nur das erste Umweltministerium in Deutschland, sondern das erste in Europa und weltweit. Damit übernimmt Bayern eine absolute Pionierrolle. Ich gratuliere zu dieser Weitsicht und danke auf diesem Weg auch noch einmal allen Verantwortlichen, die das alles auf den Weg gebracht und umgesetzt haben. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bei diversen Umweltgesetzgebungen und Umweltstandards war der Freistaat ebenfalls Vorreiter. Das Bayerische Naturschutzgesetz von 1973 war seinerzeit das modernste Naturschutzrecht in Europa. 1974 lag das erste Umweltprogramm vor, das alle vier Jahre fortgeschrieben wurde. 1984 wurde der Umweltschutz als Staatsziel in der Bayerischen Verfassung festgeschrieben. Die Verpflichtung, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, erhielt damit zum ersten Mal in Deutschland Verfassungsrang. Diese Entscheidung prägt den Umweltschutz in Bayern bis heute. Die Bewahrung der Schöpfung, der Schutz unserer Natur und Landschaft sind zentrale Ziele bayerischer Umweltpolitik. Wir sind uns der Verantwortung für den Erhalt der Vielfalt der Lebensräume, von Tieren und Pflanzen und der Erholungsqualität unserer bayerischen Landschaft – die darf man nicht vergessen – sehr wohl bewusst. Dazu gehören auch sichere Lebensmittel für unsere Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch der Schutz vor Hochwasser und, wie Staatsminister Glauber angesprochen hat, die Daseinsvorsorge für die Wasserversorgung und vieles mehr.

Das alles stellt uns vor große Herausforderungen: Klimawandel eingrenzen und Anpassung gestalten, Artenvielfalt erhalten und Naturschönheiten bewahren, ein intelligenter Umbau der Energieversorgung unter größtmöglicher Schonung von Umwelt und Landschaftsbild. Hierzu gibt es einige Leitprinzipien wie Generationengerechtig-

keit, öffentliche Verantwortung für alle Umweltgüter und, ich nenne es einmal so, wirtschaftlich erfolgreich und ökonomisch reich zu sein. Das heißt, die Lebensgrundlage bewahren und gleichzeitig auch konkurrenzfähig bleiben. Kluge und gute Umweltpolitik ist nicht nur Anwalt für die Natur, sondern auch für die Bevölkerung. Natur- und Artenschutz gehen uns alle an: Landwirte, Landschaftspfleger, ökologisch wie konventionell wirtschaftende Betriebe, Gartenbesitzer und Verbraucher, Wirtschaft, Staat, Kommunen und Gesellschaft.

Es gibt einige besonders wichtige Themen wie die umweltfreundliche Energiewende, den Erhalt der bayerischen Heimat mit ihrer vitalen Natur- und Artenvielfalt, der schonende und verantwortungsvolle Umgang mit Ressourcen – Ressourcen müssen respektvoll genutzt werden –, aber auch den Klimawandel. Der verändert natürlich vieles. Auch Bayern bleibt von den Veränderungen nicht verschont. Wir erwarten künftig mehr Extremwetterereignisse, nassere Winter und leider auch trockenere Sommer. Das Ausmaß der Herausforderungen, vor denen wir stehen, macht es erforderlich, die Bedeutung des Klimaschutzes als Ganzes klar zu benennen und weiter zu stärken. Bayern steht zu seiner Klimaverantwortung.

Minister Glauber hat die Punkte bereits angesprochen. Nur noch eines als Ergänzung: Wir treiben auch aus diesen Gründen die Hightech Agenda voran, die in wichtigen Teilen auch auf Umwelt- und Klimaschutz sowie auf die Mobilität der Zukunft zielt. Bayern soll auch eine führende Leitregion für innovativen Klimaschutz werden. Die Technologien sollen lokal in Bayern entwickelt und dann exportiert und weltweit genutzt werden. Wir setzen deshalb bayerische Klimaschutzanstrengungen auch und gerade auch in der Corona-Krise fort. Das neue Klimaschutzgesetz ist hier ein zentraler Bestandteil.

Der Schutz unserer Umwelt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Um zukunftsfähig zu bleiben, müssen wir in großen Zusammenhängen denken. Bayern soll auch in Zukunft eine Vorreiterrolle in Sachen Umwelt- und Naturschutz einnehmen. Wir stehen zu unserer Verantwortung. Wir stellen uns diversen Diskussionen und Konflikten. Ich

habe es vorhin schon angesprochen. Auf der einen Seite stehen wirtschaftliche Interessen, auf der anderen Seite der Umweltschutz. Es gibt aber auch Konflikte innerhalb der ökologischen Ziele. Das sieht man beispielsweise bei der Energiewende – Wasserkraft oder Windkraft? – oder beim Artenschutz: Wolf als geschützte Art oder Schutz der Berglandwirtschaft?

Die Zukunft im Blick müssen wir in vielen Punkten Visionen aufbauen. Staatsminister Glauber hat das Thema Wasser sehr explizit ausgebreitet. Ich verstehe nicht, Herr Kollege Hartmann, wie Sie sagen konnten, er sei nicht in die Details gegangen. Ich glaube fast, oder ich befürchte, Sie hatten Ihre Rede schon geschrieben, als Sie die des Staatsministers gehört haben,

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

und konnten dann nicht mehr so schnell reagieren.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Ich muss aber ganz klar sagen: Wir bekennen uns zu dieser Vision für Bayern. Wir haben im Klimawandel Herausforderungen, wir haben aber auch Herausforderungen beispielsweise bei der Umweltbildung für die Verbraucher. Auch diese können durch ihren Einkauf direkt bestimmen, wie Umwelt und Tierwohl aussehen sollen, sie können damit aber auch das Landschaftsbild gestalten. Mit einem gezielten Einkauf kann man mindestens so gut an der Umweltpolitik teilhaben wie mit einer Spende an irgendeine Organisation. Man muss Selbstverantwortung übernehmen. Wir müssen aber die Rahmenbedingungen dafür setzen und die Gegebenheiten anpassen.

Der Minister hat ausführlich über Moore und ihre Schwammfunktion gesprochen. Ich nenne hier weitere Punkte: Klimawandel, Trockenheit und Wasserhaushalt. Eine mögliche Antwort darauf kann generell der Humusaufbau sein. Für die CO₂-Reduktion und den Klimawandel ist der Humus als größter CO₂-Speicher überhaupt eine ganz wichtige Voraussetzung.

Erwähnt wurden auch die nachlassende Fruchtbarkeit und die Gefahr von Erosionen. Auch hier ist die Humusbildung unwahrscheinlich wichtig. Das heißt, wir müssen uns ganz klar auf Aufgaben fokussieren, die wir in Bayern in Zukunft haben werden, von denen die Gründer des Umweltministeriums vielleicht noch gar keine Vorstellung hatten. Wie Sie der Rede unseres Staatsministers entnehmen konnten, gehen wir diese Aufgabe aber mutig und voll Zuversicht an.

Wir haben noch viel vor uns. Das will ich überhaupt nicht kleinreden. Eines möchte ich aber auch betonen: Lieber Thorsten, du hast es angesprochen: 120.000 Hektar und 23.000 Landwirte stehen unter Vertrag. Das ist dein Bereich, das VNP. Ich sehe Michaela Kaniber. Das KULAP ist ein ähnlich großes Programm, es ist eher noch größer. Insgesamt aber wird aus dem, was für die Umweltpolitik getan wird, ein Schuh. Dazu muss ich schon sagen: Ich habe nicht den Eindruck, dass die Landwirtschaft ein Problem darstellt, sondern die Landwirtschaft in Bayern ist ein Teil der Lösung des Ganzen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir hatten in den letzten Jahren viele Themen und viele Herausforderungen in der Umweltpolitik. Natürlich müssen wir hier auch das Volksbegehren zum Artenschutz ansprechen. Wir haben uns der Aufgabe und der Verantwortung gestellt, die wir von der Bevölkerung bekommen haben. Ich meine, wir können auch hier sehr zuversichtlich sein, dass wir diese Aufgabe zu einem guten Ende führen. Kollege Hartmann hat dem Minister vorgeworfen, dass die Streuobstbäume nicht gesichert wären. Nachdem vom Umweltministerium die Verordnung kam, ist mir nichts mehr darüber bekannt geworden, dass noch weitere Streuobstbäume abgeholzt worden wären. Einen sollte uns doch der Wunsch, die Streuobstbestände zu erhalten. Die Bestände zu erhalten, ist unser Wunsch, und das haben wir mit der Verordnung geschafft. Wenn wir das Volksbegehren so, wie es im einen oder anderen Punkt formuliert war, umsetzen konnten und das auch getan haben und das nun nicht in Ihrem Interesse ist, dann können wir nichts dafür. Eines ist aber wichtig: Den Schutz der Bestände haben wir gewährleistet.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich kann nur begrüßen, dass wir über alle Parteien hinweg die Zukunft absolut im Blick haben. Natürlich gibt es unterschiedliche Interessen. Während bei uns im Süden Bayerns die eine oder andere Drainage erneuert werden muss, weil es sehr viel Niederschlag gibt, wird es im Norden aufgrund der Trockenheit Probleme geben. Dennoch sind wir in diesem Hause zusammen, um Lösungen herbeizuführen, und nicht, um uns alle auseinanderzuidividieren. Deshalb bedanke ich mich noch einmal und bin stolz darauf, dass wir dieses Jubiläum feiern können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die AfD-Fraktion hat als Nächster der Kollege Professor Dr. Ingo Hahn das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ressourcen schonen? – Ja! Lebensgrundlagen sichern? – Ja! Für die Zukunft Bayerns 2050 hoffen wir alle das Beste. Wenn Sie aber so weitermachen, sieht die Zukunft Bayerns in besagtem Jahr alles andere als positiv aus.

Ich frage Sie einmal ganz offen: Wie schont man denn Ressourcen? – Indem man zum Beispiel auf effiziente Technologie und Innovation setzt. Ich frage weiter: Wie sichert man denn nachhaltig Lebensgrundlagen? – Indem man dafür sorgt, dass es jenen, die uns mit Lebensmitteln versorgen, gut geht. Die letzte Frage: Wie sichert man die Zukunft Bayerns über das Jahr 2050 hinaus? – Ganz einfach: Indem man sich nicht scheut, sich im Jahr 2020 statt auf einen planwirtschaftlichen Weg der überhitzten Unvernunft auf einen Weg einer kühlen blauen Vernunft zu begeben. Herr Minister, Sie suchten eine neue blaue Infrastruktur. Da vorne sitzt sie schon, besser aufgestellt denn je, und das in voller Stärke im Gegensatz zu den anderen halben Fraktionen in diesem Haus.

(Beifall bei der AfD)

Außerhalb Bayerns bewundert man uns nicht nur wegen unserer schönen Landschaften und unserer schönen Natur. Vor allem der wirtschaftliche Erfolg bringt uns Anerkennung ein. Dieser Erfolg ist wiederum der Grundpfeiler unseres Wohlstands. Warum sage ich das? – Ganz einfach, denn Umweltschutz muss man sich leisten können, meine Damen und Herren. Die Söder-Regierung setzt aber durch immer größere Belastungen unseren Wohlstand aufs Spiel und riskiert damit auch jene Maßnahmen, die der Umwelt noch nutzen. Die GRÜNEN sind weder im Bund noch im Land schon an der Regierung, und dennoch haben Sie, meine Herrschaften von CSU und FREIEN WÄHLERN, sich zu den GRÜNEN 2.0 und 3.0 transformiert. Es ist nicht länger von Bedeutung, wie Sie sich nennen und welcher Fraktion oder Partei Sie angehören, denn Sie beten die gleichen Götzen an wie die GRÜNEN.

(Beifall bei der AfD)

Sie, Herr Minister Glauber, sind der grünste Umweltminister, den Bayern je hatte, und zwar parteigrün. Ich bin mir sicher, dass Sie als Architekt sicher ein guter Bauminister geworden wären. Aber Umweltminister? – Sie sprechen hier über den Boden. Ich bin mir nicht sicher, ob Sie überhaupt den Unterschied zwischen Bodenart und Bodentyp kennen. Ich frage im ersten Semester immer noch vor Weihnachten, wie sich der Unterboden vom Oberboden und vom C-Horizont unterscheidet. Sie sind tatsächlich bodenlos im Allgemeinen geblieben.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Sie betreiben hier leider vorauseilenden Gehorsam gegenüber dem linksgrünen Zeitgeist. Schlimm daran ist, dass Sie behaupten, Sie würden alles zum Wohle des Umweltschutzes tun, dass Sie damit aber immer den Klimaschutz meinen. Sie haben hier auch mit dem Klimaschutz wieder angefangen.

Dazu möchte ich zwei Punkte festhalten: Erstens kann man das Klima nicht schützen. Zweitens ist Klimaschutz kein Umweltschutz. Ganz im Gegenteil: Ihr andauernder und geradezu manischer Fokus auf den CO₂-Ausstoß verursacht massive Schäden an unserer Natur. Mit Ihren Windrotoren töten Sie jährlich Hunderttausende von Vögeln und Fledermäusen. Dafür sind Sie verantwortlich. Hinzu kommen Milliarden an Insekten. Eine rote Blutspur zieht sich der Wildtiere halber quer durch Bayern, die Sie, Herr Aiwanger und Herr Glauber, noch in die Staatswälder verlängern wollen.

Weil Ihnen der Ausbau nicht schnell genug geht, sollen Windräder demnächst eine Frage der nationalen Sicherheit werden, damit die Ihnen lästigen Bürgerproteste endlich aufhören; denn Ihnen allen ist sehr wohl klar, dass die Menschen keine weiteren Windpropeller wollen. Sie klagen mit gutem Recht, aber das ist Ihnen wurscht.

Ihre Photovoltaik fordert ebenfalls eine Vielzahl von Todesopfern, welche auf einem Meer von Silikatplatten verschmoren. Die völlig ausgeartete Biomasseproduktion hat unsere Äcker in Monokulturen verwandelt. Raps und Mais sehen wir bis zum Horizont, soweit das Auge reicht. Und Sie wundern sich noch über Insektensterben?

Alle Ihre erneuerbaren Energien haben eines gemeinsam: Für alle müssen erst einmal Wiesen, Weiden und Wälder weichen. Was für ein Verbrechen an unserer Heimat! Ich frage Sie wirklich, liebe FREIE WÄHLER, lieber Minister Glauber: Wie lange spielen Sie diesen Wahnsinn noch mit? – Dabei waren Sie einmal eine bodenständige, heimatliebende und freiheitliche Partei, die nah am Bürger war. Unter der Regierung Söder aber sind Sie zu einem grünen Erfüllungsgehilfen geworden. – Herr Glauber, letzte Woche erst wurden Sie einfach beiseitegeschoben, damit Herr Söder hier zum zigsten Mal die große Bühne für sich alleine haben kann. Sehen Sie es endlich ein: Sie sind lediglich der Platzhalter für die Liebschaft der CSU mit den GRÜNEN. Oder wenn Sie es auf Ihre fünf Wassersäulen beziehen wollen, dann sind Sie, Herr Glauber, vielleicht die sechste Säule, nämlich der temporäre Wasserträger für die GRÜNEN.

(Beifall bei der AfD)

Alle Ihre Forderungen und Maßnahmen fußen auf einem angeblich menschengemachten Klimawandel, der Ihren Beschreibungen nach bereits heute apokalyptische Ausmaße erreicht. Sie wissen so gut wie ich, dass es immer Veränderungen gab. In der Erdgeschichte gab es sogar wesentlich größere Schwankungen – weit vor dem Menschen und auch weit vor der Industrialisierung.

Sie missachten alles. Aber wo genau sind denn Ihre durch den Klimawandel bedingten Nachteile in Bayern? – Sagen Sie es uns, auch wenn wir Ihre Erwiderung bereits kennen! Sie würden rufen: Dürren, Ernteauffälle, Unwetter, Hochwasser, Erhitzung – nein, Überhitzung! – Die Antwort aber lautet: Alles das gab es auch schon früher. Alles das gibt es heute. Ja, und alles das wird es auch morgen geben,

(Zuruf)

mit und ohne den Menschen.

Wir können die Natur nämlich nicht kontrollieren. Meine Damen und Herren, ganz ehrlich: Ich bin froh darüber; denn könnten wir es, müsste uns angst und bange werden, was für einen Schaden Sie in Ihrem Wahn hier tatsächlich anrichten würden.

Aber verstehen Sie mich nicht falsch. Ich leugne keineswegs eine Notwendigkeit, unsere Umwelt zu schützen – ganz im Gegenteil. Ich möchte Sie überzeugen, endlich wahren Schutz unserer Natur zu betreiben. Ich möchte nämlich nicht, dass für die E-Mobilität ganze Ökosysteme in Südamerika oder in Afrika zerstört werden. Ich möchte nicht, dass für Technologien aus dem vorletzten Jahrtausend unsere bayerischen Wälder gerodet werden. Und ich möchte nicht, dass für eine übertriebene Produktion von Biomasse die heimische Artenvielfalt der Pflanzen und Tiere geopfert wird.

Viel lieber möchte ich unsere Landwirte entlasten, die, bedingt durch ertragsarmen Bi-olandbau und Monokulturen, gezwungen sind, immer intensiver zu wirtschaften, um die Verluste auszugleichen.

Liebe Staatsregierung, dieses Ministerium ist dafür da, bayerische Umweltgüter zu schützen, die die Lebensgrundlage der bayerischen Bevölkerung bilden. Das bedeutet die Reinhaltung von Luft, Wasser und Boden sowie den Schutz der Flora und Fauna. Aber das bedeutet eben nicht, all diese Ressourcen zu verschwenden und zu opfern, nur weil man dem Größenwahn erlegen ist, selbst göttlichen Gestalter spielen zu wollen. Ihr Beispiel mit Gollum ist hier eigentlich nur bezeichnend. Herr Glauber, das scheint doch eine Fantasie von Ihnen zu sein, die unserer Umwelt nur schaden kann.

Liebe FREIE WÄHLER, Ihre neue Rolle in der grünen Klimasekte hin oder her – es bleibt, wie es immer war: Wahrer Umweltschutz ist konservativ.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat nun der Kollege Florian Streibl das Wort.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Opposition ist auch nicht mehr das, was sie schon einmal war.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich hoffe, dass es bei der SPD besser wird.

Die einen sagen, wir sind grüne Erfüllungsgehilfen. Die anderen, die GRÜNEN, überschütten uns mit einem Shitstorm, weil die Maßnahmen alle nicht ausreichen. Was beweist das? – Wir als Koalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN befinden uns in der bürgerlichen Mitte und machen eine Umweltpolitik, wie wir sie in Bayern schon immer gemacht haben, nämlich eine saugute!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Herr Hahn, wenn Sie sagen, dass Umweltminister Thorsten Glauber grüne Parteipolitik macht, dann kann ich Ihnen eines sagen: Als 1970 das Umweltministerium gegründet wurde, hat der damalige Umweltminister dieses Ministerium aufgebaut. Er hat eine

Umwelt-, Naturschutz- und Landesplanungspolitik gemacht, die ihm damals, als es die GRÜNEN noch gar nicht gab, die Kritik eingebracht hat, er sei der einzige Kommunist im bayerischen Kabinett. Meine Damen und Herren, das zeigt, dass die bayerische Umweltpolitik seitdem immer die gleiche geblieben ist; nur sind aus den Kommunisten jetzt GRÜNE geworden. Das wirft man uns jetzt vor. Das ist doch eigentlich nur ein Beweis, wie stabil bayerische Umweltpolitik ist

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

und wie dieses Land zu dem geworden ist, was es ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

In dieser Tradition sehe ich auch unseren Umweltminister Thorsten Glauber, der hier heute eine wegweisende und starke Regierungserklärung abgegeben hat. Sie hat den Fokus auf unser wichtigstes Lebensgut gelegt, nämlich das Wasser. Das Wasser ist die Grundlage eigentlich für alles Handeln. Dafür, dass das Wasser keine Ware wird, sondern ein Gemeingut für uns alle bleibt, muss man sich einsetzen – ebenso wie dafür, dass dieses Wasser auch eine hohe Qualität als Lebensmittel hat; denn nur mit dieser hohen Qualität hat man auch eine gute Landwirtschaft, eine gute Versorgung unserer Kommunen und einen guten Lebensstandard unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Das gute und gesunde Wasser ist für uns auch ein Menschenrecht, und zwar nicht nur irgendein Menschenrecht, sondern das Menschenrecht schlechthin; denn ohne Wasser können andere Menschenrechte überhaupt nicht mehr existieren. Es ist das Basisrecht, das wir als Menschen brauchen, um überhaupt existieren zu können. Dieses Basisrecht soll und muss geschützt werden. Dafür haben wir unseren Umweltminister, der das in ausgezeichneter Weise umsetzt und hier den Weg ins Jahr 2050 gewiesen hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Liebe GRÜNE, zu euch muss man sagen, dass ihr die Rede geschrieben habt, bevor ihr die des Ministers gehört habt. Im Grunde ist es eine Rede, die auf dem grünen Tisch entstanden ist, ohne dass man gewusst hat, welche Politik hier eigentlich gemacht wird.

(Zurufe)

Eines kann ich Ihnen sagen: Sie haben am Wochenende ein Update für das Umweltministerium gefordert. Meine Damen und Herren, dieses Update ist schon längst geliefert und heißt Thorsten Glauber. Haben Sie das nicht gemerkt? – Sie müssen also auch mal wieder auf die Reset-Taste drücken!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zurufe)

Insofern freue ich mich, dass wir heute diese Debatte führen, die ebenso wichtig ist wie die anderen Debatten im Haus, und dass wir den Fokus nicht nur auf Corona, sondern auch auf unsere Lebensgrundlagen legen. Diese dürfen wir nicht vergessen, sondern wir müssen sie schützen.

Hier spielen natürlich auch Klimawandel und Naturschutz eine große Rolle. Dass seit fünfzig Jahren hervorragende Umweltpolitik in Bayern gemacht wird, zeigen die Lebensqualität und auch die Liebesswürdigkeit, die wir in diesem Land haben. Davon profitieren wir heute.

Unsere älteren Kolleginnen und Kollegen hier im Haus wissen vielleicht, wie man vor 1970 mit der Umwelt umgegangen ist, dass man Kühlschränke im Wald entsorgt hat, den Ölwechsel am Auto am Fluss gemacht hat, den Abfall einfach aus dem Autofenster hinausgeschmissen hat. Da hat sich vieles,

(Zuruf)

vieles geändert. Heute hat man ein Bewusstsein für die Qualität unserer Natur und unserer Umwelt und weiß, dass sie unsere Eins-a-Lebensgrundlage ist. Dazu brauchen

wir weder den rechten noch den linken Rand hier im Haus, sondern nur unsere Koalition und unsere gute Arbeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist für die SPD-Fraktion der Kollege Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Präsident der Leopoldina, Prof. Gerald Haug, stellt im aktuellen "Spiegel" fest, wir Menschen seien dabei, uns in eine "Superwarmzeit" zu katapultieren. Am Ende des 21. Jahrhunderts könnten drei Milliarden Menschen keine Lebensgrundlage mehr haben, warnt er in dem Interview. Prof. Haug spricht über die globale Klimaerhitzung. – Offizieller Anlass für die heutige Regierungserklärung von Minister Glauber ist aber nicht die Klimaerhitzung und auch nicht das weltweite Artensterben oder Rohstoffknappheit. Offizieller Anlass ist das 50-jährige Jubiläum des Ministeriums; so steht es zumindest in dem Schreiben, in dem die Regierungserklärung angekündigt wurde. Der Minister bezieht sich auf die Weitsicht und Tatkraft seiner Vorgänger, die vor 50 Jahren die Idee hatten, das erste Umweltministerium einzurichten. Sie haben gegen alle Widerstände den ersten deutschen Nationalpark auf bayerischem Boden durchgesetzt. Dieser Mut fehlt dieser Staatsregierung heute, wenn es um den längst überfälligen dritten Nationalpark Bayerns geht.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben heute festgestellt, dass Herr Glauber auch über die künftige Wasserversorgung und das Sparen von Wasser reden wollte. Unseren Antrag "Wasserverbrauch: Der Wasser-Fußabdruck in Bayern muss kleiner werden" haben CSU und FREIE WÄHLER noch im Januar abgelehnt. Heute schlagen Sie das selbst vor. Wie peinlich!

Der Minister wies vorab geäußerte Kritik an seiner Politik bei der dpa mit den Worten zurück, man habe beim Arten- und Klimaschutz deutliche Signale gesetzt. – Verehrter Herr Glauber, ich will kein Wasser in den Wein gießen, aber mit Blick auf Ihre Pressemitteilungen und Termine hat man eher den Eindruck, vor dem Sortiment eines Ein-Euro-Ladens als vor einem Feuerwerksfachgeschäft mit zündenden Ideen zu stehen. Wir erfahren zum Beispiel, dass Sie auf dem Apfelmarkt in Strullendorf, bei einer Christbaumübergabe in München oder bei der Baumpflanzaktion einer Molkerei waren. Im Juli haben Sie Schilder übergeben und laut Pressemitteilung zuletzt in Iphofen Förderbescheide verteilt. Wow! Das war sicher alles gut gemeint, aber offen gesagt bewegen Sie sich vor allem im Klein-Klein. Das haben wir gerade auch noch einmal gehört.

(Zuruf)

Bitte schmücken Sie sich nicht mit falschen Federn. Das Thema Artenvielfalt haben weder Sie noch Herr Söder auf die Tagesordnung gesetzt; das waren die Bürgerinnen und Bürger mit dem Bürgerbegehren Artenvielfalt.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in Ihren zwei Jahren als Umweltminister bisher eher wenig zu den wirklich wichtigen und großen Themen wie Klimaschutz gesagt und schon gar nicht im Plenum des Landtags. Wo waren die großen und wichtigen Projekte des Umweltministers bisher? Wo packen Sie mit Vision und Mut die wirklichen Probleme an?

Möglicherweise haben Sie Signale gesetzt, wie Sie dies der dpa gesagt haben. Sie haben ein bisschen gehupt und geblinkt, aber Sie haben in der Klima- und Umweltpolitik vor allem im Klimaschutz nicht aufs Gas gedrückt und schon gar nicht überholt. Man merkt nicht einmal, dass Sie überhaupt losgefahren sind.

Dabei gäbe es sehr viel zu tun. Die Klimaerhitzung ist die größte Bedrohung für uns, vor allem aber für unsere Kinder und Enkelkinder. Sie haben heute besonders über

die Bearbeitung der Folgen der Klimaerhitzung gesprochen, haben aber wenig über mehr Klimaschutz und besseren Klimaschutz gesagt.

Um es mit den Worten Barack Obamas zu sagen: Wir sind die letzte Generation, die etwas gegen die Klimakrise unternehmen kann. Daran gemessen ist der Klimagesetzentwurf, den Sie vorgelegt haben, eine einzige Enttäuschung.

Bayern ist ohnehin reichlich spät dran. Hamburg hat bereits 1997 ein Landesklimateilungsgesetz verabschiedet. Nordrhein-Westfalen hat seit 2013 ein Klimaschutzgesetz mit konkreten Zielen zur Verringerung von Treibhausgasen. Mindestens sieben weitere Bundesländer hatten vor dem Freistaat Bayern konkrete und verbindliche Klimaschutzgesetze. Von diesen Beispielen hätte man lernen und es dann sogar besser machen können.

Sie dagegen legen dem Bayerischen Landtag ein richtig schlechtes Klimaschutzgesetz vor, das von den Expertinnen und Experten in der Anhörung des Landtags massiv kritisiert wurde. Es beinhaltet unzureichende Klimaziele und sieht keine unabhängige Kontrolle, sondern einen nur fakultativen, also nicht vorgeschriebenen, Klimarat vor, dem Sie selbst vorsitzen wollen. Ihr Klimaschutzgesetz hat nicht einmal einen Nachsteuerungsmechanismus; das ist das größte Manko.

Sie schlagen sachkundige Kritik und wichtige Verbesserungsvorschläge von Expertinnen und Experten in den Wind. Während die Staatsregierung in der Corona-Politik harte Maßnahmen und Regeln erlässt und den Menschen eine Menge Einschränkungen und Vorgaben zumutet, fehlt Ihnen angesichts der größten Gefahr für die Menschheit im 21. Jahrhundert, der Klimaerhitzung, der Mut zu entschlossener und tatkräftiger Politik für eine gute und sichere Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Ich wünsche mir echtes Interesse der Staatsregierung für den Klimaschutz. Ich wünsche mir Leidenschaft, Weitblick und Verantwortungsbewusstsein. Leider ist das von

diesem Kabinett offensichtlich jedoch nicht zu erwarten. In der Klimapolitik drücken Sie sich davor. Sie wollen wachswichtige Freiwilligkeit statt ehrgeiziger Ziele und klarer Regeln. Sie ziehen Ankündigungen und Show echten Taten im Umwelt- und Klimaschutz vor.

Der Ministerpräsident selbst schafft es, in einem Atemzug den Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor für das Jahr 2035 und gleichzeitig eine Kaufprämie für Verbrennungsmotoren zu fordern. Er setzt darauf, dass die Öffentlichkeit bereits vergessen hat, dass er schon 2007 als CSU-Generalsekretär praktisch dasselbe gefordert hat; allerdings für dieses Jahr.

(Zuruf)

Ich zitiere Markus Söder aus dem Jahr 2007: "Ab dem Jahr 2020 dürfen nur noch Autos zugelassen werden, die über einen umweltfreundlichen Antrieb verfügen." So viel zu der Frage, was von seinen Ankündigungen zu halten ist.

(Beifall bei der SPD)

Die Staatsregierung hat es mit ihrer mutlosen Politik der letzten Jahre nicht geschafft, die Treibhausgasemissionen in Bayern nennenswert zu senken. CSU und FREIE WÄHLER sind in der Klimapolitik eine einzige Dauerenttäuschung aus Unfähigkeit, Lobbyismus und großer Show. Wir brauchen aber auch in Bayern endlich eine Wende, eine mutige Initiative für ein nachhaltiges und zukunftsfähiges Bayern. Wenn die Staatsregierung zu der notwendigen Wende nicht in der Lage ist, dann muss die Initiative dafür vom Parlament ausgehen. Wir schlagen deshalb heute eine Enquete-Kommission vor, die sich mit der sozial-ökologischen Modernisierung und Transformation Bayerns befasst, die die Lage analysiert und Lösungsvorschläge für die Zukunft entwerfen soll. Riesige Herausforderung kommen auf uns zu. Wir müssen den Klimaschutz enorm beschleunigen und hier Vorreiter werden. Wir müssen den Strukturwandel gleichzeitig sozial gestalten und die Arbeitsplätze der Zukunft schaffen. Sich dar-

über Gedanken zu machen, ist geradezu eine klassische Aufgabenbeschreibung für eine Enquete-Kommission.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, nachhaltige Zukunftspolitik muss Umwelt, Arbeit und Soziales verbinden. Klima- und Umweltpolitik ist immer auch eine Politik für Gerechtigkeit. Überall sind es die Schwächeren und Benachteiligten, die zuerst und am härtesten von Umweltschäden und Gefahren betroffen sind. Die Zukunft unserer Kinder und aller zukünftigen Generationen steht weltweit auf dem Spiel; es geht also auch um Generationengerechtigkeit. Deshalb braucht es den Mut zu sozialökologischer Erneuerung.

Wir müssen endlich mit dem Vorurteil aufräumen, dass es einen Widerspruch zwischen Umweltschutz und Arbeitsplätzen gebe. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, dass das Unsinn ist; denn wir haben im Jahr 2000 zusammen mit den GRÜNEN im Bund die Energiewende gestartet. Es war der Sozialdemokrat Hermann Scheer, der das Erneuerbare-Energien-Gesetz entworfen hat. Diese erneuerbaren Energien sind seitdem einer der dynamischsten Wirtschaftsbereiche, in dem zahlreiche neue Arbeitsplätze entstanden sind.

Klima- und Umweltschutz kosten keine Arbeitsplätze. – Im Gegenteil, diese Investitionen schaffen neue Arbeitsplätze. Deutsche Klimaschutztechnologie ist ein Exportschlager.

(Beifall bei der SPD)

Genauso wahr ist, dass Bayerns Wirtschaft und Wohlstand in einem ganz gehörigen Ausmaß von der Automobilindustrie abhängen. Im Freistaat geht es um bis zu 200.000 Arbeitsplätze. Die CSU tut immer so, als wäre sie die Beschützerin der Autobranche. Doch mit ihrer rückwärtsgewandten Politik verschärfen Sie die Gefahren für die Beschäftigten. Wer weiter den klassischen Verbrennungsmotor fördert, verkennt die Entwicklung weltweit.

Die Klimaerhitzung und die dadurch notwendigen Veränderungen unserer Wirtschaft verschwinden nicht, nur weil sich Markus Söder und seine Staatsregierung die Augen zuhalten und blind so weitermachen wollen wie bisher. Wenn wir nicht wollen, dass die heutigen Automobilbeschäftigten so enden wie die Kohlekumpel im Ruhrgebiet, dann müssen wir jetzt auf neue Formen der Mobilität umsteuern. Der SPD geht es um das Schicksal dieser Kolleginnen und Kollegen und um die Zukunft Bayerns als nachhaltiger Industrie- und Hightech-Standort. Wir wollen, dass die bayerische Wirtschaft diese Chance ergreift und Umwelt, Beschäftigte und Gesellschaft davon profitieren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir die Verkehrswende richtig anpacken, dann wird sie ein sozialer und wirtschaftlicher Erfolg. Dafür reicht aber weder der Klimagesetzentwurf des Ministers Glauber noch das diffuse Sammelsurium von sogenannten Klimamaßnahmen aus, das die Staatsregierung vorgelegt hat. Für wirksamen Klimaschutz brauchen wir eine echte Energie- und Wärmewende in Bayern. Der Windkraftstopp, diese unsinnige 10-H-Regelung, muss endlich weg. Wir müssen dazu die Bürgerinnen, Bürger und Gemeinden besser an den Vorteilen und Gewinnen der Windkraft beteiligen. Wir brauchen ein ehrgeiziges Programm für die Wärmewende, zum Beispiel eine massive Förderung der Geothermie, ein starkes Förderprogramm für ökologische Modernisierung, für Photovoltaik und Wärmedämmung bei kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, bei geförderten Wohnungen, bei Wohnungsgenossenschaften – also für die Mieterinnen und Mieter in Bayern – sowie ein ökologisches Modernisierungsprogramm für öffentliche Gebäude, mit dem Ziel, sie in zehn Jahren auf den neuesten Stand zu bringen.

Der dickste Brocken liegt in Bayern aber woanders, nämlich im Verkehr. Der Verkehr verursacht im Freistaat noch vor der Energieerzeugung und noch vor der Industrie den höchsten Ausstoß an Treibhausgasen. Dieser CO₂-Ausstoß aus dem Verkehr nimmt seit 1990 immer weiter zu. Der Straßen- und der Flugverkehr sind die größten Klimaerhitzer in Bayern. Deswegen brauchen wir in Bayern jetzt die Mobilitätswende.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich ist in einer modernen Gesellschaft Mobilität unverzichtbar. Mobilität muss ein Recht für alle sein. Verkehr führt andererseits aber auch zu Klimaerhitzung und Umweltschäden. Deshalb ist unser Ziel eine zukunftsfähige und klimafreundliche Mobilität für alle. Wir können der Welt zeigen, wie eine solche Transformation sozial, wirtschaftlich, gerecht und ökologisch funktioniert.

Wir müssen Inlandsflüge und große Teile des Güterverkehrs auf die Schiene verlagern. Dafür brauchen wir massive Investitionen in die Bahn. Wir brauchen einen massiven Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs mit einer Anschlussgarantie – einstündlichen Anschluss mit öffentlichem Verkehr in jedem Ort. Wir müssen den regionalen Schienenverkehr in Bayern ausbauen und stillgelegte Bahnstrecken reaktivieren, mit mehr Geld und viel besseren Förderbedingungen als heute. Wir müssen den Bau und Ausbau von Stadt-Umland-Bahnen vorantreiben und beschleunigen, gerade in großen Städten ohne solche Bahnen wie Augsburg und Regensburg. Dort, wo keine Schienen liegen, müssen landkreisübergreifende Expressbusverbindungen eingerichtet werden. Wir müssen überlegen, wie Busse am Stau vorbeifahren können. In Belgien dürfen sie zum Beispiel Standspuren nutzen.

Wir wollen vor allem auch einen einheitlichen, bezahlbaren und verständlichen Tarif für ganz Bayern, bei dem sich der Fahrpreis nach der Strecke richtet und nicht nach dem jeweiligen Betreiber, mit Kostenfreiheit für junge Menschen, für Ältere und für sozial Bedürftige.

(Beifall bei der SPD)

Wir vergessen natürlich auch nicht die individuelle Mobilität, weil es dafür weiterhin Bedarf geben wird und es natürlich auch um Arbeitsplätze geht. Wir wollen einen schnelleren Ausbau der E-Mobilität und der Ladeinfrastruktur und die Förderung von Wasserstoff, insbesondere für Bus- und Schwerverkehr aus 100 % erneuerbaren Energien. Wir wollen keine Kaufprämie, sondern ein Programm, mit dem alle öffentli-

chen Fahrzeugflotten – soweit möglich – auf emissionsfreie Fahrzeuge umgerüstet werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Selbstbeweihräucherung und Symbolpolitik, ein "Immer-nur-weiter-so", bringen uns nicht weiter. Wir brauchen endlich einen Masterplan für die sozialökologische Modernisierung dieses Freistaats.

(Beifall bei der SPD)

Es geht um nichts Geringeres als um eine intakte Umwelt und Wohlstand für alle. Wir werden das in Gestalt unseres Klimaschutz-Sofortprogramms morgen teilweise auch im Umweltausschuss beraten. Natürlich erfordert das den Mut, große Veränderungen anzupacken. Ich bin aber der Meinung, diesen Mut müssen wir aufbringen; schließlich geht es um unsere Zukunft oder vielmehr um die unserer Kinder und zukünftiger Generationen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die FDP-Fraktion erteile ich als Nächstem dem Kollegen Christoph Skutella das Wort.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Staatsminister, in Ihrer Rede hat sich einiges angestaut – nicht inhaltlich, aber in der Bildsprache. Ich muss sagen: Respekt! Hannah Arendt, SpongeBob, Knäckebrot-Backöfen und dann auch noch Gollum. Das sind Sprünge, die muss man erst einmal nachvollziehen können. Allein, ich dachte immer, es geht in einer Regierungserklärung um Erkenntnisse und um Neuigkeiten, die zu berichten sind. Diese habe ich leider vermisst.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, fünfzig Jahre Bayerisches Umweltministerium sind sicherlich ein Jubiläum, auf das man stolz zurückblicken kann. Die typischen Umwelt-

probleme der Siebziger-, Achtziger- und Neunzigerjahre erscheinen uns vom heutigen Standpunkt aus als bezwungen. Der saure Regen ist verschwunden, die Ozonschicht hat sich erholt, und die Luft in unseren Städten ist so gut wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Dies gelang uns nicht nur, aber auch durch neue technologische Alternativen, die unsere Fabrikschornsteine sauberer und FCKW in unseren Kühlschränken obsolet machten.

All dies darf jedoch nicht von den Herausforderungen ablenken, vor denen wir heute stehen. Der Klimawandel gefährdet unsere Lebensgrundlagen, wie wir sie heute kennen. Die weltweite Rodung der Regenwälder mindert die Leistung der Wälder als Klimasenken. Durch das immer tiefere Eindringen des Menschen in uns unbekannte Lebensräume zerstören wir nicht nur komplette Ökosysteme, sondern lösen auch noch globale Pandemien aus. Die Krux dabei ist: All diese größeren Umweltproblematiken spielen sich heutzutage zunehmend auf internationaler Ebene ab. Während wir im 20. Jahrhundert noch unsere Flüsse durch Abwasserkanäle und Kläranlagen sauber bekamen und effizientes Recycling die Deponierung unseres Mülls ersetzte, muss eine Umweltpolitik im 21. Jahrhundert in größeren Maßstäben denken und die Konflikte und Herausforderungen unserer Zeit durch internationale Zusammenarbeit meistern.

Hier komme ich zum ersten Ansatz, was wir in Bayern besser machen könnten: Beim Thema Klimaschutz schlagen im Freistaat vor allem die Vorgaben der EU und der Bundesebene durch. Der Europäische Emissionshandel verringert kontinuierlich und zuverlässig die CO₂-Emissionen in Europa, während die Bundesregierung mehr schlecht als recht über eine verkappte CO₂-Steuer die Emissionen in den Sektoren Verkehr und Wärme zu verringern versucht. Dies wurde auch bereits im aktuellen Entwurf zum Bayerischen Klimaschutzgesetz anerkannt. Meine Befürchtung betrifft hierbei jedoch die fehlende Effizienz, die beim Klimaschutz in Deutschland, aber auch in Bayern an den Tag gelegt wird. Unser Ziel muss es doch sein, die Maßnahmen für den Umwelt- und Klimaschutz an ihrer Nachhaltigkeit auszurichten, anstatt sich immer

nur in kurzfristiger Kleinteiligkeit zu verlieren oder PR-Aufmerksamkeit zu erhaschen, wie es der Ministerpräsident letztes Jahr mit seiner Ankündigung zur Aufforstung von dreißig Millionen Bäumen getan hat.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen also mehr effektiven statt plakativen Umweltschutz. Hinzu kommt, dass die vorgesehenen Mittel für den Natur- und Umweltschutz im letzten Jahr nicht einmal vollständig ausgegeben wurden. Aus der Aufstellung für das Haushaltsjahr 2019 geht hervor, dass Mittel für Maßnahmen auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege in Höhe von rund 12 Millionen Euro und Mittel für Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes, des Arten- und Biotopschutzes und der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie in Höhe von über 7 Millionen Euro nicht abgerufen wurden.

Lieber Herr Staatsminister, hier muss mehr getan werden. Nutzen Sie die vom Landtag bereitgestellten Mittel besser, oder erleichtern Sie den Zugang zu ihnen, damit unsere Umwelt in Zukunft flächendeckend geschützt wird und unsere Landschaft erhalten bleibt.

(Beifall bei der FDP)

Zudem sollten wir bei allen Anstrengungen zur Transformation unserer Gesellschaft und Wirtschaft hin zur Klimaverträglichkeit im Auge behalten, dass aus jedem eingesetzten Euro die größtmögliche Wirkung für das Klima erreicht wird. Wir müssen von dem in Deutschland weit verbreiteten Irrglauben Abschied nehmen, dass allein durch teure Bemühungen in den Industrienationen die notwendigen Emissionsminderungen zu erzielen sind. Zwar mag dieser Ansatz unser Gewissen beruhigen, genug für den Klimaschutz getan zu haben, jedoch müssten wir umso nervöser werden, wenn wir wüssten, dass mit denselben Anstrengungen und Geldmitteln doppelt und dreifach so viele Emissionen in Schwellen- und Entwicklungsländern einzusparen gewesen wären. Im Klartext heißt das: Statt einer kostspieligen Solarpflicht für unsere Dächer sollten wir mit den entsprechenden Mitteln die Potenziale unserer Partner im globalen

Süden und in Osteuropa ausschöpfen, damit diese sich angemessen an den Klimawandel anpassen können und ihnen der Sprung in eine emissionsfreie Energieversorgung erleichtert wird.

(Beifall bei der FDP)

Zudem muss die Staatsregierung offen für neue Technologien sein. Nachdem Wasserstoff nach Jahren des Nischendaseins endlich im Mainstream der Klimaschutzbewegung angekommen ist, wird es Zeit, andere innovative Techniken zur Marktreife zu bringen. Konkret meine ich hier Technologien zur Abscheidung und Speicherung von CO₂, entweder aus nicht vermeidbaren industriellen Prozessen oder aber durch Direct Air Capture.

Nun sagen die GRÜNEN wahrscheinlich, dass wir dafür keine Zeit haben, aber Ihnen war auch die Einführung des Emissionshandels zu kompliziert. Nun ist es das erfolgreichste Klimaschutzinstrument, das wir kennen. Für Sie war der Wasserstoff auch immer nur ein Feigenblatt der Industrie, und nun fordern Sie selbst den Ausbau der Wasserstoff-Infrastruktur. Wenn Sie voll und ganz hinter den internationalen Klimaschutzbemühungen stehen, hören Sie bitte auf den Weltklimarat und andere Experten. Sie alle bestätigen uns, dass wir den Klimawandel nicht ohne CCS- oder Direct-Air-Capture-Technologien bewältigen können.

Mit dem sich verändernden Klima verändert sich auch unsere Natur in Bayern, vor allem unser Wald. – Frau Kollegin, auch Sie haben es angesprochen. – Zwar ist heutzutage der saure Regen kein Thema, dafür gibt es nun aber gar keinen Regen mehr. Hier muss es Aufgabe des Umweltministeriums sein, den Waldumbau stetig voranzutreiben, damit uns die Wälder als Klimasenken dienen können.

(Zuruf)

Damit es dazu überhaupt kommen kann, muss aber auch an der Verbissituation in unseren Wäldern gearbeitet werden – hierbei ist natürlich der Austausch mit Ihrer Mi-

nisterkollegin Kaniber ganz essenziell –, und nach wie vor muss der Leitsatz "Wald vor Wild" gelten.

Zu guter Letzt sei noch betont, dass die Einhaltung der Wasserrahmenrichtlinie – Wasser war das große Thema – in Bayern unter einem schlechten Stern steht. Trotz klarer Vorgaben aus Brüssel kommen die Staatsregierung und das Umweltministerium hier leider nicht vom Fleck. Eine Anfrage aus meinem Heimatbezirk Oberpfalz zeigte zum Beispiel, dass sich die Wassergüte bei der Mehrzahl der abgefragten Flüsse seit 2015 nicht verbesserte, bei der Waldnaab sogar verschlechterte.

Sie haben die Donauüberleitung angesprochen; ja, zu diesem System gehört aber auch der Altmühlsee. Das war ein großes Projekt, das damals angestoßen wurde. Wir müssen uns jetzt aber auch um die Folgeerscheinungen kümmern. Was ist beispielsweise mit den Blaualgen im Altmühlsee? Wo ist da der Lösungsansatz vom Freistaat, der ebenfalls Verantwortung für dieses gesamte Ökosystem trägt?

Es wird höchste Zeit, dass das Umweltministerium für dieses für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen wichtige Thema mehr Ressourcen, mehr Personal und mehr Haushaltsmittel zur Verfügung stellt – nicht nur, um die Wasserrahmenrichtlinie einzuhalten, sondern vor allem auch, um die Ressource Wasser in den kommenden Zeiten des fortschreitenden Klimawandels angemessen zu schützen und zu bewahren.

Ein Beispiel: Einen innovativen Weg zur nachhaltigen Bewässerung müssen zum Beispiel unsere Winzer in Franken finden. Bewässerungsprojekte, die unsere Landwirtschaft fit für die Herausforderungen des Klimawandels machen, dürfen nicht wie in der Vergangenheit verschleppt, sondern müssen gezielt gefördert werden.

In der letzten Ausschusssitzung hatten wir eine Anhörung zu einem eigentlich alten, aber von vielen immer noch skeptisch betrachteten Thema: zur Gentechnik. Auch hier darf die Staatsregierung keine Scheu vor neuen Technologien haben, sondern muss sich im Bund und in Europa dafür einsetzen, dass das Genome Editing für praktische Anwendungen zugelassen wird, vor allem in der modernen Pflanzenzüchtung. Der

Respekt vor wissenschaftlichen Fakten ließ in den letzten Wochen leider etwas zu wünschen übrig.

Zum Thema Endlager: Anstatt sich wie jeder andere Umweltminister im Lande dem wissenschaftlichen Diskurs zu stellen, haben Sie, Herr Staatsminister Glauber, den Zwischenbericht der Bundesgesellschaft für Endlagerung – BGE – als Arbeit eines Geologiestudenten im dritten Semester – so war, glaube ich, das Zitat – bezeichnet. Ich meine, wir sollten hier auch Vorbild im Umgang mit der Wissenschaft sein.

Sie haben sich ein Vorbild genommen, zumindest am Land Niedersachsen, das schon vor der Bekanntgabe des Zwischenberichts Teilgebiete ein Begleitgremium auf Länderebene etabliert hat, um betroffene Kommunen in Niedersachsen mit wissenschaftlichen Gutachten zu unterstützen.

Das ist ein Appell an alle demokratischen Fraktionen in diesem Haus – ich kann mich den Kollegen und ihren Intentionen nur anschließen –: Wir müssen hier und jetzt die Zukunft gestalten und dürfen uns nicht aus partei- oder fraktionspolitischen Gründen im Klein-Klein streiten. Sei es nun das Endlager, sei es der Schutz unserer Gewässer oder der Klimaschutz – hier darf es keine weiteren Scharmützel geben. Im Hier und Jetzt entscheidet sich, ob wir unseren Kindern und Kindeskindern eine gesunde und lebenswerte Umwelt hinterlassen, die nicht nur die Bedürfnisse der Menschen, sondern auch die unserer Mitgeschöpfe auf diesem Planeten erfüllen kann. Ich wünsche Ihnen und uns dabei eine gute Hand.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Kollege, und darf die nächste Rednerin aufrufen: Frau Kollegin Tanja Schorer-Dremel. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrter Herr Umweltminister, werte Kolleginnen und Kollegen! Landschaft und Natur im Freistaat

Bayern sind mit einer einzigartigen Schönheit und Vielfalt gesegnet worden. Das gilt quer durchs Land: vom Frankenwald bis ins Biosphärenreservat Berchtesgadener Land. Gerade in den letzten, doch sehr belastenden Monaten der Corona-Krise – ich glaube, so hat auch unser Minister angefangen – haben die Menschen davon Gebrauch gemacht; sie waren froh, es war Entspannung, es war Erleichterung, diese einzigartige Natur genießen zu können.

Die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Landtagsfraktion und jetzt auch die FREIE-WÄHLER-Fraktion sind und waren sich dieser großen Herausforderung und der enormen Verantwortung immer bewusst. Es ist der Weitsicht vieler Minister und Ministerinnen zu verdanken, dass hier nachhaltig und zukunftsweisend gearbeitet wird.

Ich möchte mich an dieser Stelle, weil sie heute hier im Saal sind, ganz besonders herzlich bei den ehemaligen Umweltministern Marcel Huber und Ulrike Scharf, aber auch bei dir, lieber Thorsten Glauber, bedanken. Das, was wir heute besprechen können, ist Ausfluss der Arbeit dieser drei – dafür meine Anerkennung und Wertschätzung!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es ist und war stets unser erklärtes Ziel, Bayern mit all seinen natürlichen Lebensgrundlagen für künftige Generationen zu bewahren. Und ja, Herr Minister, die Langfristigkeit – 50 Jahre, das muss man woanders erst mal suchen – zeichnet uns aus.

Es ist eine zentrale Zukunftsaufgabe; dazu bekennen wir uns, und dafür tun wir auch einiges. Nicht nur haben wir als erstes Bundesland eine eigene Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt vorgelegt; bereits seit zwölf Jahren gibt es die Bayerische Biodiversitätsstrategie mit vier Schwerpunkten: Schutz der Arten- und Sortenvielfalt, Schutz und Erhalt von Lebensräumen, Vernetzung der Lebensräume durch den Biotopverbund, aber auch Vermittlung von Umweltwissen durch Bildung und Forschung. Dazu gehört auch der Wasserschutz; denn ganz im Sinne der Biodiversität ist im Frei-

staat Bayern die Fläche, auf der Maßnahmen zum Naturschutz stattfinden, in den vergangenen Jahren sukzessive angewachsen.

Wenn wir mal anschauen, welche Flächen wir bei uns im Freistaat Bayern eigentlich haben, stellen wir fest, dass wir einiges vorweisen können: Wir haben zwei Nationalparke – Bayerischer Wald und Berchtesgaden – auf einer Fläche von 45.000 Hektar; wir haben zwei Biosphärenreservate – in der Rhön und in Berchtesgaden –; wir haben 745 Natura-2000-Gebiete mit einer Fläche von 800.000 Hektar; wir haben circa 600 Naturschutzgebiete und – das darf ich als Vorsitzende eines Landschaftspflegeverbandes stolz sagen – wir haben auf über 80 % der Fläche Bayerns 63 Landschaftspflegeverbände, die auch im Wasserschutz und mit Maßnahmen für das Wasser arbeiten. Und wir haben 19 Naturparke auf einer Fläche von 2,1 Millionen Hektar; einer der ältesten ist der Naturpark Altmühltal, seit 1969, damit noch ein bisschen älter als das Ministerium.

Würde man all diese Flächen einmal übereinanderlegen, sehr geehrter Herr Hartmann und Herr von Brunn, gäbe es keine Ecke hier in Bayern, die nicht von einer dieser Flächen berührt ist. Das ist doch eine hervorragende Leistung.

Ich frage Sie: Wo sonst noch finden Sie diese Menge an Naturschutzflächen, was vom Umweltministerium ausgeht?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir verfügen hier in Bayern dank der langfristigen und weitreichenden Politik der Staatsregierung über ein flächendeckendes Netzwerk, welches der Biodiversität, dem Schutz der Artenvielfalt und dem Erhalt der Lebensgrundlagen dient. Da sind nicht einfach nur Flächen, sondern da arbeiten Menschen, die Naturschutz leben: in den Unteren Naturschutzbehörden, in den Oberen Naturschutzbehörden, die Gebietsbetreuer, die Ranger, Biodiversitätsberater, Wildlebensraumberater – um nur einige wenige zu nennen.

Wir wissen, dass zukünftige Herausforderungen auf uns warten. Wir wollen uns mit den bisherigen Maßnahmen nicht zufriedengeben. Es gibt schon beschlossene Maßnahmen, aber auch Maßnahmen, die wir noch auf den Weg bringen wollen, um mehr Arten- und Naturschutz zu bekommen. Um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, wollen wir alle mit ins Boot holen. Eric Beißwenger hat es schon gesagt: Wir brauchen die Landwirte, wir brauchen die Kommunen, wir brauchen jeden Naturschützer. Dafür stehen exemplarisch die Landschaftspflegeverbände.

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir uns auch beim Thema Wasser vor Augen führen, dass es bereits effektiven Gewässerschutz gibt, mit einem Ausgleich für die Landwirte. Wir werden auch die Moore weiter schützen und wollen die Moorrenaturierung verdreifachen. Der Freistaat Bayern geht mit gutem Beispiel voran und fungiert bei vielen Maßnahmen bereits als Vorreiter. Der Gewässerschutz auf staatlichen Flächen wird verdoppelt. Die Breite des Gewässerrandstreifens wird auf staatlichen Flächen auf zehn Meter ausgeweitet, weiter als dies beim Volksbegehren vorgesehen war, das nur fünf Meter vorgeschrieben hat. Staatliche Gebäude sollen begrünt werden. Werter Herr Minister, das sind auch Wasserspeicher, die Sie bei Ihren fünf Säulen angesprochen haben.

Ein kleines Beispiel: Bereits lange vor dem Volksbegehren hat die CSU-Landtagsfraktion einen Antrag auf einen Leitfaden zur Lichtverschmutzung auf den Weg gebracht. Ich möchte ganz besonders dem Umweltministerium ein großes Lob aussprechen: Das ist einmal ein Leitfaden, den jeder versteht, den jeder umsetzen kann und der jeden auffordert: Macht mit! Ein großes Kompliment dafür! Das ist Umweltschutz praktisch umgesetzt.

Wir haben für eine gesetzliche Verpflichtung zur schnellstmöglichen Klimaneutralität der Staatsverwaltung gesorgt. Ich möchte die Vertreter der GRÜNEN und der Roten schon einmal fragen, wann sie endlich ihren Widerstand dagegen aufgeben, den Klimaschutz in unsere Verfassung aufzunehmen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Weiterhin gibt es Maßnahmen und Förderprogramme. Wir haben ein wunderbares Vertragsnaturschutzprogramm mit 11,5 Millionen Euro. Wir mussten den Finanzminister dazu nicht zwingen oder überreden; bei diesem Thema ist er wirklich total großzügig. Das Kulturlandschaftsprogramm, das KULAP, ist deutschlandweit einzigartig und wird von vielen bayerischen Landwirten umgesetzt. Fast jeder zweite bayerische Landwirt nimmt daran teil. Das Programm umfasst etwa eine Million Hektar; eine tolle Leistung für den Naturschutz, die unsere Landwirte erbringen. Kein anderes Bundesland gibt so viel für Ausgleichsmaßnahmen aus wie der Freistaat Bayern.

Wir haben die Naturoffensive Bayern mit einem Gesamtvolumen von 120 Millionen Euro, um Lebensräume, den Artenreichtum und das Naturerlebnis in ganz Bayern zu stärken und zu fördern. Das geschieht im Einklang mit den Menschen in der Region. Als Lehrerin weiß ich, dass eine intrinsische Motivation viel stärker und nachhaltiger wirkt, als wenn eine Maßnahme mit der Holzhammermethode verordnet wird.

Wir haben das Landesprogramm BioRegio. Wir sind Spitzenreiter beim Ökolandbau, und wir haben uns frühzeitig für ein Verbot von Neonicotinoiden ausgesprochen, die für Bienen gefährlich sind.

Ich nehme das Thema Wald hinzu. Die Waldumbauoffensive aus dem Haus von Frau Ministerin Kaniber führt zu einer weiteren Verbesserung der Biodiversität im Forst. Waldnaturschutz und Naturwaldreservate werden ausgeweitet. Was die Försterinnen und Förster und die Verwaltung hier leisten, ist äußerst lobenswert.

Zur Wildlebensraumberatung und zur Biodiversitätsberatung möchte ich mich nicht weiter äußern. Werter Herr Hartmann, Sie waren vor Kurzem im Naturpark Altmühltal, angeführt von einem CSU-Landrat in einem Naturschutzgroßprojekt Altmühlleiten, das von Landräten der CSU und der FREIEN WÄHLER vertreten wird. Sie waren an meiner Umweltschule, die seit 2010 besteht, an einer der ersten Umweltschulen, die es gibt. Sie haben sich die Arbeit des Landschaftspflegeverbands vor Ort angeschaut

und waren begeistert. Deswegen kann ich nach Ihrer Rede nur aus dem Film "Pretty Woman" zitieren: Blöd aber auch; denn wir haben es in den letzten Jahren ziemlich gut gemacht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Kollegin Schorer-Dremel. – Als nächste Rednerin darf ich Frau Rosi Steinberger aufrufen. Frau Abgeordnete Steinberger, Sie müssen noch ein bisschen warten, bis unsere fleißigen Offizianten den Tisch gereinigt haben. – Herzlichen Dank dafür.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Herr Präsident, lieber Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gleich zu Beginn möchte ich eines klarstellen: 50 Jahre Umweltministerium in Bayern, das finden wir auch toll. Ganz besonders toll findet das naturgemäß die Staatsregierung. Ich weiß nicht, wie oft wir das in den letzten Jahren gehört haben. Immer, wenn wir die Sprache auf ein Umweltthema gebracht haben, kam reflexhaft die Antwort: Aber wir in Bayern hatten das erste Umweltministerium überhaupt. Viel mehr kam dann leider nicht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann doch wohl nicht alles sein. Welche Bilanz können Sie denn nach 50 Jahren ziehen? Schauen Sie sich doch einmal den Zustand der Biodiversität an! Liebe Frau Kollegin Schorer-Dremel, natürlich gibt es punktuelle Erfolge, aber für Gesamtbayern sieht es düster aus.

Das Umweltministerium hat sicher auch Erfolge vorzuweisen, keine Frage. Aber wie lange liegen denn diese Erfolge zurück? – Gerade in diesem Jahr feiern wir den ersten Nationalpark Bayerischer Wald. Damals hatte ein Minister noch eine visionäre Kraft. Welche Visionen hat denn der Umweltminister heute? – Ich konnte seiner Rede leider keine entnehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weil wir gerade bei der Bilanz sind: Ich habe mir einmal die Pressemitteilungen des Ministeriums aus dem letzten Jahr angeschaut. Da gab es jede Menge Jubelmeldun-

gen. Der Nationalpark Bayerischer Wald wird als einzigartige Erfolgsgeschichte gefeiert, zu Recht. Er bekommt zum Geburtstag zu seinen 24.000 Hektar weitere 600 Hektar dazu. Das ist ja schön, aber visionär wäre die Aussicht auf einen weiteren Nationalpark.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern hat Verantwortung für seine Naturräume. Wir alle wissen, dass es da noch erheblichen Nachholbedarf gibt. Wann kommen Sie dieser Verantwortung endlich nach?

Weiter wird bejubelt, dass das Umweltministerium klimaneutral wird. Es stellt auf erneuerbare Energien um und wird in diesem Jahr auch seine Fenster erneuern. Das ist ja schon wieder schön, aber visionär wäre ein Klimaschutzgesetz, das verbindliche Klimaschutzvorgaben enthält, das Sektorziele vorschreibt, das die Kommunen mitnimmt und das mehr ist als ein unverbindliches "Wünsch-dir-was".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber dazu fehlt dem Umweltminister leider der Mut oder die Durchsetzungskraft. Herr Minister, wir lassen uns aber gerne vom Gegenteil überzeugen. Bis zur Zweiten Lesung wäre dazu noch etwas Zeit; denn dieses Thema duldet keinen Aufschub, wie Sie das heute richtig gesagt haben.

Weiter ging es mit den Jubelmeldungen: Das Volksbegehren Artenschutz Plus wird als ein einzigartiges Erfolgsprojekt bezeichnet. Es ist sogar von einem neuen Gesellschaftsvertrag die Rede. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Volksbegehren war tatsächlich visionär. Aber dieses Gesetz kam gerade nicht vom Umweltminister. Es kam aus der Mitte der Gesellschaft; und das war auch bitter nötig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Umwelt- und Artenschutz braucht ein Ministerium, das sich wieder etwas traut, das im wahrsten Sinne des Wortes visionär ist. Herr Minister, Sie haben heute das

Thema Wasser ganz groß angekündigt. Was Sie uns dann aber geliefert haben, war enttäuschend. Wie kann man nur so lange über das Wasser reden und den Begriff "Wasserrahmenrichtlinie" kein einziges Mal erwähnen? Ich habe da schon eine Vermutung; denn unsere Bilanz ist hier grottenschlecht. Sie wissen ganz genau, dass der Großteil unserer Oberflächengewässer in einem schlechten Zustand ist. Dazu von Ihnen kein Wort. Das Gleiche gilt beim Grundwasser. Zum Grundwasser fällt Ihnen nur ein, dass es mehr Messstellen geben soll. Lieber Herr Minister, Nitrat und Pestizide lassen sich aber nicht einfach wegmessen. Hier wären von Ihnen wesentlich mehr Ideen und Konzepte gefordert.

Gefreut haben mich übrigens Ihre Überlegungen zum Thema Schwammstadt. Mit diesem Thema beschäftigt sich unser Kollege Patrick Friedl schon lange. Das war wirklich ein positiver Aspekt Ihrer Rede.

Ich möchte nicht verhehlen, dass es im Ministerium und in den Ämtern viele engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt, die gute Ideen und Konzepte entwickeln. Hierfür ein Kompliment! Aber die Verantwortung dafür, was vom Ministerium umgesetzt wird und was nicht, trägt allein der jeweilige Minister oder die Ministerin. Das wird auch durch ein Haus des Wassers nicht besser.

Lieber Herr Glauber, als Umweltminister ist es Ihre vordringliche Aufgabe, Schaden von Bayern, Schaden von der Umwelt und Schaden von unserer Natur abzuwenden. Warum lassen Sie es dann zu, dass Bayern von der EU verklagt wird? Das nächste Vertragsverletzungsverfahren droht. Wir fordern Sie deshalb heute mit unserem Dringlichkeitsantrag auf, Natura 2000 in Bayern endlich wirksam umzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir erwarten, dass Sie endlich Ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen gerecht werden. Dazu gehört natürlich in erster Linie der Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Daran werden uns unsere Nachkommen einmal messen, und es wäre schön, wenn Sie uns eine Bilanz vorweisen könnten, die echte Erfolge zeigt, und nicht nur ein in die

Jahre gekommenes Staatsministerium, dem irgendwann einmal die Visionen abhandengekommen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Steinberger. – Ich darf als nächsten Redner Herrn Benno Zierer, FREIE WÄHLER, aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege Zierer.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Staatsminister Glauber! Ja, Thorsten, wir haben Glück in Bayern, dass das Gewinsel von Herrn Hartmann, die Polemik von Herrn von Brunn und das krude Zeug von Herrn Prof. Hahn unser Wasser nicht belasten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Am Wochenende habe ich die Aussage von Herrn Hartmann gelesen, dass das Umweltministerium ein Sanierungsfall sei, dass es dort bröckle und brösle – unsachlich, zynisch, irgendwie schon peinlich. Man hat den Eindruck, Sie möchten sich etwas als Baugutachter dazuverdienen.

(Zuruf)

Gott sei Dank ist es nicht so, und ich bin froh, dass es nicht so ist; denn bei der üblichen Schwarzmalerei und Schlechtrede, die Sie hier immer betreiben, wären bei Ihnen wahrscheinlich drei Viertel unserer Gebäude einsturzgefährdet. Sie sagten, dass der Schutz des Wassers nicht einmal eine Nebensache für unseren Umweltminister sei.

Heute wurden Sie eines Besseren belehrt; es ist nämlich völlig anders. Unser Umweltminister brennt gerade für dieses Thema, weil er auch in seiner Heimat ständig damit konfrontiert wird; auch in Bayern insgesamt ändert sich der Grundwasserpegel, nicht nur in Franken. Es geht nicht darum draufzuhauen, um mit billiger Polemik in die Pres-

se zu kommen, sondern wir erarbeiten erst Konzepte und präsentieren sie dann, wenn sie abgeschlossen sind – mit Hand und Fuß.

Sie kritisierten, dass in Bayern der größte Rückstau bei Verfahren zur Ausweisung von Trinkwasserschutzgebieten herrsche. 410 Verfahren sind in Bearbeitung – klar, dass Sie hier eine negative Seite hervorkehren. Grundsätzlich ist es allerdings sehr positiv, dass in Bayern so viele Verfahren laufen. Sonst bemängeln Sie ja immer, dass in Bayern der Anteil der Wasserschutzgebiete zu niedrig sei. Diese Verfahren sind oft langwierig. Es müssen umfangreiche Untersuchungen zur Geologie und Unterteilungen in die Zonen 1, 2 und 3 durchgeführt werden. In manchen Fällen braucht es auch neue Grundwassermessstellen, an denen zunächst einmal über einen längeren Zeitraum gemessen werden muss. Wenn die Verordnungen dann stehen, gibt es auch Klagen dagegen, und nicht zuletzt deshalb gibt es bessere Zeitpunkte, um so viele Verfahren zu bewältigen, als die jetzige Zeit während der Corona-Krise. Aber zu sagen, es gehe nicht voran, weil in den Staatsministerien und in den Behörden Däumchen gedreht würde, damit machen Sie es sich zu einfach.

Noch etwas: Es kommt nicht immer auf die Größe eines Trinkwasserschutzgebietes an. Wir haben in Freising mit circa 50.000 Einwohnern ein verhältnismäßig kleines Gebiet, aber es erfüllt seinen Zweck außerordentlich gut, weil wir es geschafft haben, die Landwirte gleich zu Beginn mit ins Boot zu nehmen. Wir arbeiten hervorragend mit ihnen zusammen. Die Landwirte mit ins Boot zu nehmen, darum geht es übrigens nicht nur beim Wasserschutz, sondern auch beim Arten- und Klimaschutz. Nicht streiten, sondern miteinander arbeiten – das ist die Devise unseres Umweltministers und der FREIEN WÄHLER; aber dazu haben Sie von den GRÜNEN eine andere Ansicht. Sie besteht aus noch mehr Auflagen und noch strikteren Vorgaben, damit die Spielräume für die landwirtschaftlichen Betriebe immer kleiner werden – in einer Zeit, in der viele ums Überleben kämpfen.

Anders gesagt: Wenn der Landwirt im Boot sitzt, dann nehmen die GRÜNEN ihm das Ruder weg, zeigen mit dem Finger auf ihn und beschweren sich, dass er nicht schnell

genug in die richtige Richtung fährt. Damit, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, verprellen Sie die Landwirte.

Der bayerische Weg beim Umwelt- und Naturschutz ist Gott sei Dank seit fünfzig Jahren ein anderer. In Bayern wird der kooperative Naturschutz großgeschrieben. Der Freistaat setzt auf Anreize statt auf Verbote:

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

mit dem Vertragsnaturschutzprogramm, bei dem circa 23.000 Betriebe mitmachen und auch Maßnahmen im Gewässerschutz umsetzen, mit den Landschaftspflege- und Naturparkrichtlinien, nach denen rund 3.000 Maßnahmen im Jahr gefördert werden. Viele Landwirte engagieren sich seit Jahren in der Landschaftspflege, und dies ist für sie ein wichtiges Standbein.

Daran sieht man, dass sich Landwirtschaft und Naturschutz hervorragend ergänzen können. Das sollte man betonen, denn momentan wird leider oft das Bild gezeichnet, dass Landwirtschaft und Naturschutz absolute Gegensätze seien. Dem ist nicht so. Dieser Eindruck ist leider bei der Debatte rund um das Volksbegehren zum Artenschutz entstanden. Aber so ist es nicht, das zeigt die Praxis.

Der Schutz des Wassers – egal ob Oberflächen-, Grund- oder Trinkwasser – ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und es darf nicht wieder passieren, dass die Gruppen unserer Gesellschaft gegeneinander aufgestachelt werden. Diese Schwarz-weiß-Sicht ist hier nicht angebracht. Jeder Einzelne kann seinen Beitrag dazu leisten, den Wasser- bzw. Trinkwasserverbrauch gering zu halten.

Ein wichtiger Beitrag zur Versorgungssicherheit beim Trinkwasser sind leistungsfähige Leitungsnetze in den Kommunen. Deshalb haben wir von den FREIEN WÄHLERN uns dafür starkgemacht, dass Städte und Gemeinden weiterhin Zuschüsse nach den RZWas bekommen können, wenn sie ihre Trinkwasserleitungen oder Abwasserkanäle sanieren – ein konkreter Beitrag zur Trinkwassersicherheit.

Dank unserer Initiative und des Einsatzes von Umweltminister Glauber wurde die Härtefallregelung über das Jahr 2021 hinaus verlängert – ganz wichtig –, und nach zwei Jahren, in denen Thorsten Glauber als Staatsminister im Amt ist, lässt sich eine sehr positive Zwischenbilanz ziehen. Er hat deutliche und starke Akzente gesetzt; man muss sie nur hören und lesen wollen.

Aber, Herr Umweltminister – leider sind der Herr Finanzminister und Herr Ministerpräsident Dr. Söder momentan nicht hier –, Sie werden für Ihre Aufgaben in Zukunft Geld brauchen. Es wird sich zeigen, ob der Herr Ministerpräsident und der Herr Finanzminister Ihren Weg mitgehen wollen und Ihnen das Geld zur Verfügung stellen, um Bayern über Jahre bis zum Jahr 2050 fit zu machen, gerade in diesem Bereich. Es kann nicht genug betont werden: Wasser ist unser Lebensmittel Nummer eins, und dafür müssen auch die nötigen Gelder bereitgestellt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bei diesen Verhandlungen wünsche ich Ihnen Durchhaltevermögen und viel Erfolg!

Zum Klimaschutz hat das Umweltministerium nicht nur ein Gesetz vorgelegt, das Bayern bis 2050 klimaneutral machen soll. Es hat vor allem einen Katalog mit 96 konkreten Maßnahmen erarbeitet – vom großen Auwaldschutzgebiet an der Donau über ein Moorwaldprogramm bis zum energieeffizienten Städtebau und, und, und. Das zeigt: Das bayerische Umweltministerium wird seiner historischen Vorreiterrolle weiterhin gerecht. Dort werden die großen Zukunftsthemen angepackt – pragmatisch und strategisch. Dies zeigt sich auch an den Überlegungen für eine "Wasserzukunft 2050", die der Staatsminister hier vorgestellt hat. Darin stecken sehr viele gute, neue Ideen, die Hand in Hand mit dem Klimaschutz gehen; aber ohne Geld wird dieser Weg nicht zu machen sein.

Im Namen der Fraktion der FREIEN WÄHLER danke ich Herrn Staatsminister Thorsten Glauber und seinen Mitarbeitern für ihre hervorragende Arbeit und wünsche ihnen die nötige Kraft bei der Durchsetzung bzw. Umsetzung dieses großen Zukunftsthe-

mas. Unsere Fraktion freut sich darauf, mit Ihnen zusammenarbeiten zu dürfen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Zierer. – Ich darf als nächsten Redner Herrn Abgeordneten Christian Klingen von der AfD-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Klingen.

(Beifall bei der AfD – Vereinzelt Unmutsäußerungen – Zuruf: Ich bin so dankbar, dass ich nicht in der Fraktion sein darf! – Gegenruf: Jetzt gehst du zu weit! – Heiterkeit)

Christian Klingen (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Umweltminister Glauber, meine Damen und Herren! Nomen ist nicht immer Omen. Unser geschätzter Umweltminister Glauber ist da das beste Beispiel; denn er verliert zunehmend an Glaubwürdigkeit. Offensichtlich hat er auch, wie so viele andere, von unserem Ministerpräsidenten einen Maulkorb bekommen. Auch wenn dieser im vorliegenden Fall nicht aus Stoff ist, scheinen die FREIEN WÄHLER, allen voran Herr Glauber, zu viel CO₂ eingeatmet zu haben. So ist das eben. Wer zu lange mit der CSU unter einer Decke steckt, bekommt halt weniger frische Luft.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren von den FREIEN WÄHLERN, ich weiß nicht, was Sie sich da eingefangen haben; denn schließlich war Ihre Partei einmal eine konservative, ehe Ihnen Ihr Partner CSU den Kopf verdreht hat.

(Zuruf)

Der grüne Samen, der im Bett der CSU vor sich hin keimt, hat offensichtlich auch schon den einen oder anderen von Ihnen befruchtet. Ich möchte mich nicht zu sehr in Ihr politisches Liebesleben einmischen. Aber mit Ihrem Klimagesetz haben Sie sich

und Ihren Wählern in Bayern keinen Gefallen getan. Die ständige Dominanz von Herrn Söder und seiner CSU hat schon so manche Partnerschaft in den Ruin getrieben. Man denke da einmal an das Schicksal der Bayernpartei.

Auch dieser neuen Liebe werden die nächsten Wahlumfragen schnell einen Dämpfer verpassen. Denn was müssen Ihre Wähler, die nunmehr alles andere als frei sind, alles ertragen? – Zum einen wäre da der Betrug am konservativen Geist der Koalition, weil die CSU bereits unübersehbar mit den GRÜNEN flirtet. Zum anderen wären da völlig wesensfremde Gesetzentwürfe, dominiert vom Klimawahn, die Ihnen, Herr Glauber, in die Feder diktiert werden. Stichwort: Klimaneutralität bis 2050.

Sie fangen an, mit Zahlen zu jonglieren, mit denen Sie sich wohl nur sehr oberflächlich auseinandergesetzt haben. Denn andernfalls wüssten Sie, dass die viel beschworene Bayerische Klimaschutzoffensive vor allen Dingen das Bruttoinlandsprodukt in China steigert, wo wir unsere Windräder, Batterien und Solarmodule kaufen. Diese werden dort bekanntermaßen alles andere als klimaneutral hergestellt.

Zum anderen wollen Sie unsere Kinder offenbar mit Hilfe von sogenanntem Klimaunterricht vollständig indoktrinieren, weil "Fridays for Future" noch nicht genug Unheil angerichtet hat.

Obendrein sollen neu ins Leben gerufene Preisverleihungen in Sachen Klimaschutz einen Sinn darin suggerieren, dass gegen unsere Umwelt Politik gemacht wird und nicht für sie. Anstatt zu fördern, was am besten für die Umwelt wäre, fördert die Regierungskoalition vorrangig das, was am teuersten ist. Das sind Solar- und Windenergie.

Die erneuerbaren Energien wären ohne massiven Geldfluss nicht marktfähig. Deswegen müssen sie ja subventioniert werden. Damit finanziert der Bürger praktisch seine überhöhten Strompreise doppelt und merkt es erst, wenn irgendwann kein Geld mehr für etwas anderes da ist. Das kann in Zeiten von Corona schneller passieren als gedacht.

Auch die heimische Wirtschaft ächzt unter den übersteuerten Strompreisen, die die Produktion in Deutschland von Jahr zu Jahr immer weniger konkurrenzfähig werden lassen.

(Beifall bei der AfD)

Klimaschutz und Umweltschutz sind eben nicht dasselbe. Oft sind es sogar gegensätzliche Zielstellungen. Klimaschutz ist das, was gutgläubigen Bürgern als überlebensnotwendig verkauft wird, während Sie ihnen mit dieser Begründung die eigentlichen Lebensgrundlagen wegnehmen: wie im Falle der Naturzerstörungen durch EEG, Freiflächenbauten wie Waldrodungen für Windräder und riesige Solarparks auf der grünen Wiese; aber auch indirekt, weil das Geld für andere wichtige Dinge fehlt.

Neben dem Schutz des Wassers, über den wir heute ausführlichst etwas gehört haben, müsste grundsätzlich mehr Geld in Artenschutz, Renaturierung und Aufforstung gesteckt werden. Außerdem muss der Flächenfraß für Neubauten begrenzt werden. Das wären sinnvollere Maßnahmen für eine effiziente Umweltpolitik.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Klingens. – Damit darf ich zum nächsten Redner kommen. Das ist Herr Kollege Alexander Flierl von der CSU-Fraktion. Er kommt schon. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Alexander Flierl (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! 50 Jahre Staatsministerium für Umwelt sind es in der Tat wert, eine Standortbestimmung durchzuführen und auch einen Ausblick zu geben. Jede Zeit hat ihre Herausforderungen, und jede Herausforderung benötigt entsprechende Antworten und eben, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, nicht nur Analysen.

Ganz besonders schön sieht man das wieder bei der AfD, die ihre üblichen Plattitüden auflegt, die ihre Reden vorträgt, die Ihnen Ihre Referenten schön aufgeschrieben haben, die aber ansonsten nur wie eine kaputte Schallplatte klingen. Aber mehr Zeit

möchte ich Ihnen gar nicht widmen und schon gar nicht mehr Aufmerksamkeit für Ihre Ausführungen.

Wir in Bayern wissen uns ganz besonders verpflichtet unseren Naturschönheiten, unseren typischen Landschaften im ganzen Freistaat und unserer heimischen Tier- und Pflanzenwelt. Das ist für uns wichtig, das hat für uns eine besondere Bedeutung.

Deswegen zeigt sich dies auch in unserem höchsten bayerischen Gesetz, das sich der Souverän, das Volk, selber gegeben hat: der Bayerischen Verfassung, in der bereits 1946 in Artikel 141 festgeschrieben wurde, dass der Genuss und die Erholung in der Natur, der freie Zugang zu der Natur, ein Grundrecht darstellt. 1984 ist fortgeschrieben worden, dass Natur- und Umweltschutz auch als Staatsziel beinhaltet sind, ein Staatsziel darstellen, ein hohes Gut, einen hohen Rang einnehmen, weil wir uns eben in der Verantwortung vor der Schöpfung wissen, aber auch in der Verantwortung für kommende Generationen, ihre Lebensgrundlagen zu schützen und zu erhalten.

Deswegen haben wir hier Ihre Nachhilfe ganz klar nicht nötig. Wir wissen, dass dieses Aufgabenfeld breit ist, dass dieses Aufgabenfeld tief ist.

Sehr geehrter Herr Staatsminister Glauber, herzlichen Dank, dass Sie die Schwerpunkte genannt haben, dass Sie auch Akzente setzen, gerade auch angesichts der Herausforderungen, vor denen wir momentan stehen und für die wir auch in der Zukunft gewappnet sein müssen.

Ich glaube, deswegen müssen wir diesen Weg kontinuierlich weitergehen. Denn gerade bei der Frage des Natur- und Artenschutzes handelt es sich um eine zentrale, entscheidende Frage, die eben auch entsprechend detailliert und kenntnisreich beantwortet werden muss. Deswegen ist hier auch kein Platz für Allgemeinplätze und allgemeines Lamentieren, so wie es die GRÜNEN sehr gerne machen, die im Unkonkreten bleiben, die eben nicht genau sagen, wo sie hinwollen, und lediglich beim dritten Nationalpark eine ganz klare Forderung aufstellen.

Aber, liebe Frau Steinberger, das ist nicht visionär, was Sie hierzu von sich geben, das ist eindeutig Old School. Sie sollten es eigentlich besser wissen. Mit unserem Naturwaldkonzept, mit unserem Trittstein-Konzept kommen wir hier weiter, nicht mit alten Kamellen, die Sie aus der Schublade geholt haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Darüber hinaus glaube ich, dass wir auch einen anderen Weg, eine andere Art und Weise des Umgangs suchen müssen, wenn wir Naturschutz in die Fläche tragen wollen, ausrollen wollen. Da dürfen wir uns eben nicht als borniert erweisen, als ideologische Betonköpfe, wie so manche in diesem Haus, die anscheinend nichts dazugelernt haben: Zwang, Verbote, Gängelung, verordnen, überstülpen – reine Ideologie mit Tunnelblick, ohne eben auf die Zusammenhänge in der Natur zu schauen; rein sektoral, immer nur mit Einzelpunkten im Blick und nicht der Gesamtheit.

Ebenso ist es eine irrige Annahme, dass wir ausschließlich auf Ordnungsrecht setzen können und dass dies helfen würde. Nur eine Verordnung zu erlassen, nur Gesetze zu erlassen und nur Schutzgebiete weiter auszuweiten, das bringt uns im Natur- und Artenschutz nicht weiter. Wir brauchen hier das Handeln, das Aktivwerden, damit die Landschaft gepflegt und erhalten wird. Der zentrale Schlüssel ist, dass wir in die Umsetzung kommen mit allen Menschen, mit allen Protagonisten und allen Ebenen, der kommunalen und der staatlichen Ebene. Wir müssen aber insbesondere auch diejenigen einbeziehen, denen die Natur das höchste Kapital ist, nämlich die Land-, Forst- und Teichwirte, die unwahrscheinlich große Allgemeinwohlleistungen erbringen, und natürlich auch die wahren Naturschützer, denen die Natur, die Tiere und die Pflanzen am Herzen liegen, wie etwa die Jäger und die Fischer.

Lieber Herr Kollege Skutella, deshalb brauchen wir keine Kampfbegriffe, sondern wir brauchen die Natur. Wir müssen die Natur insgesamt im Blick haben, jedoch keine Über- oder Unterordnung oder die Pflege von Kampfbegriffen wie "Wald vor Wild".

Vielmehr müssen wir beides im Auge behalten und die Tiere und ihre Lebensgrundlagen in den Blick nehmen und im Blick behalten.

Deswegen setzen wir uns da ambitionierte Ziele und fordern einen entsprechenden Biotopverbund. Wir leisten aber auch sehr vieles: Wir fördern, unterstützen und beraten, damit wir bei diesen Zielen gemeinsam mit den Menschen vorankommen, etwa mithilfe hoher staatlicher Leistungen beim Vertragsnaturschutzprogramm und beim Kulturlandschaftsprogramm. Wir tragen diesen Gedanken weit hinaus und werben dafür, diese Maßnahmen umzusetzen. Wir setzen Freiwilligkeit ganz klar vor Ordnungsrecht, um diese Ziele zu erreichen. Diese Ziele setzen wir uns auch bei dem Klimaschutz und der Wasserzukunft. Wir möchten diese Ziele mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen umsetzen. Wir möchten hier alle mitnehmen, aber auch entscheidende Akzente und Schwerpunkte setzen.

Lieber Kollege von Brunn, hier ist die SPD bezüglich der Kritik eindeutig blind. Sie übersieht dieses Bündel von Maßnahmen, das bereits aufgelegt worden ist, um diese Ziele, zum Beispiel beim Klimaschutz, zu erreichen. Wir wollen diese Klimaziele durch die bis 2030 vorgesehene starke Reduzierung der Treibhausgase und die bis 2050 angestrebte Klimaneutralität erreichen. Wir setzen mit unserer Hightech Agenda des Ministerpräsidenten und dem Klimapaket hier auf Forschung und innovative Ansätze. Allein mit dem Klimapaket wird eine Milliarde Euro zur Verfügung gestellt werden. Das heißt, im Rahmen der Hightech Agenda können wir Ökologie und Ökonomie miteinander verknüpfen, setzen wir auf alternative Antriebe und auf moderne Verbrenner, die saubere Kraftstoffe verbrennen. Allein für die CleanTech-Initiative setzen wir 80 Millionen Euro ein, um beim Klima- und Umweltschutz technologieoffen etwas zu erreichen. Deswegen brauchen wir hier keine beschränkte Sichtweise, etwa nur auf Elektromobilität zu setzen. Vielmehr müssen wir auch die weiteren technischen Möglichkeiten im Blick haben. Das gilt vor allem dann, wenn es darum geht, Mobilität zu erhalten. Dabei setzen wir auch sehr stark auf den Ausbau der Schiene.

Deswegen ist es gut und wichtig, dass wir vor allem in Bezug auf den Wasserschutz, aber auch in Bezug auf den Ausbau der Wasserzukunft und der Wassernetze entsprechende Ansätze geschaffen und durch Staatsminister Glauber vorgestellt haben, um hier voranzukommen. Dies ist notwendig, damit wir Handlungsfelder erkennen und Probleme, vor denen wir zweifellos stehen, lösen können.

Dies geht neben Forschung und Innovation zusätzlich nur mit Bildung. Wir müssen deshalb in allen drei Kernbereichen begeistern, die Leidenschaft wecken und für diese Anliegen mit Herzblut werben.

Lieber Herr Skutella, wir dürfen diese ganzen Dinge nicht kalt und rein technologisch betrachten, sondern müssen ganz klar dafür werben, dass die Menschen das, was sie kennen, entsprechend schützen. Das ist ein weiterer großer Schwerpunkt des bayerischen Weges, den wir in der Umweltpolitik gehen wollen. Wir legen in Bayern die Latte hoch. Wir brauchen keinen Vergleich zu scheuen. Wir setzen in Bayern die Benchmark. Wir setzen Ziele und machen politische Vorgaben, aber erreichen diese Ziele auch. Dies war vor fünfzig Jahren so, und so ist es auch heute noch. Dieser bayerische Weg ist erfolgreich. Gehen wir ihn gemeinsam weiter.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Flierl. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult; denn es gibt noch eine Zwischenbemerkung. – Ich darf Herrn Abgeordneten Florian von Brunn um diese bitten.

Florian von Brunn (SPD): Sehr verehrter Herr Kollege, es gibt das Bayerische Waldgesetz, darin heißt es in Artikel 1 Gesetzeszweck:

Die Schutzfähigkeit, Gesundheit und Leistungsfähigkeit des Waldes dauerhaft zu sichern [...] einen standortgemäßen und möglichst naturnahen Zustand des Waldes unter Berücksichtigung des Grundsatzes "Wald vor Wild" zu bewahren oder herzustellen.

Was haben Sie denn gerade mit dem Ausdruck "Kampfbegriff" gemeint, als Sie auf Herrn Skutella Bezug genommen haben?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön.

Alexander Flierl (CSU): Herr Kollege von Brunn, genau das ist immer das Problem: Sie pflegen Kampfbegriffe und setzen Ideologie vor die tatsächliche Umsetzung. "Wald vor Wild" bedeutet letztendlich nur das, was auch in anderen Gesetzen, zum Beispiel im Bayerischen Jagdgesetz, schon festgelegt ist, nämlich dass die Naturverjüngung im Wesentlichen ohne Schutzmaßnahmen funktionieren muss – nicht mehr und nicht weniger. So, wie Sie und Kollege Skutella den Begriff verwenden, ist es eine klare Über- und Unterordnung. Hier wird ein Ökosystem einem Teil des Ökosystems übergeordnet. Das wollen wir nicht. Wir wissen genau, dass wir angepasste Schalenwildbestände benötigen und dass wir dazu entsprechende Handlungen brauchen. Auch da brauchen wir diejenigen, die aktiv sind, nämlich die Jägerinnen und Jäger. Auch da führt uns der von Ihnen beschrittene Weg nicht weiter.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Das war's. Ich habe keine weiteren Interventionen vorliegen. – Damit komme ich zum nächsten Redner. Herr Abgeordneter Christian Hierneis von den GRÜNEN hat das Wort. Bitte schön.

Christian Hierneis (GRÜNE): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Umweltminister! Ganz kurz zum geschätzten Kollegen Flierl: Es handelt sich hier nicht um "Ideologie", wie Sie hier immer sagen, sondern um Überzeugung für den Einsatz für unsere Natur, und die hat leider nicht jeder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch von mir dem Umweltministerium: Herzlichen Glückwunsch zum Fünfzigsten! 50 Jahre, in denen es Ihre Aufgabe war – ich zitiere – "[...] die Natur zu gestalten und zu bewahren, nicht Raubbau an ihr zu treiben, sondern sie für künftige Generationen

zu erhalten." Wer das gesagt hat, wissen Sie: Es war der erste bayerische Umweltminister Max Streibl. Aber geklappt hat es offensichtlich – von ein paar Ausnahmen abgesehen – nicht immer; denn wir sehen nach wie vor viel zu viele negative Entwicklungen im Umwelt- und Naturschutz, die vom Umweltministerium nicht verhindert worden sind.

Sehr geehrter Herr Umweltminister Glauber, da hätten Sie aus den letzten Jahrzehnten einiges aufzuholen, worauf wir seit zwei Jahren hoffnungsvoll, aber leider vergeblich warten. Das, was Sie heute gesagt haben, sagen wir schon seit Jahren. Deshalb bitte ich Sie eindringlich, nicht zu reden, sondern zu handeln. Es ist vielleicht gar nicht gewünscht, dass Sie Entwicklungen erkennen und dagegen etwas unternehmen oder sogar aktiv dazu beitragen, dass umweltgerechte Politik betrieben wird. Mehr als ein Reparaturbetrieb scheint das Umweltministerium nicht zu sein – ein Reparaturbetrieb, der richten soll, was andere zulasten der Natur veranstalten – nicht Sie –, aber am Ende doch nichts richten kann oder darf.

Das sollte eigentlich ganz anders sein. So, wie das Finanzministerium vorgibt, wer wie viel Geld ausgeben darf, damit der Haushalt nicht in die Knie geht, müssten auch Sie vorgeben, wer was machen darf, ohne dass unsere Lebensgrundlagen und unsere Zukunft baden gehen. Sie müssten die Leitplanken unserer Politik vorgeben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb mein Appell an die Staatsregierung: Stärken Sie das Umweltministerium; denn wissen Sie: Umwelt ist vielleicht nicht alles, aber ohne Umwelt ist alles nichts. Umweltschutz ist immer auch Menschenschutz. Das heißt: Umweltschutz ist nicht nur ein abstraktes Randthema von ein paar Ökos. Umweltschutz betrifft uns alle und unsere Zukunft.

Ja, Ihr Ministerium hat tolle Expertinnen und Experten. Die haben gute Papiere geschrieben, die allerdings zum größten Teil bis heute auf ihre Umsetzung warten. Ja, Sie haben eine herausragende Behörde mit herausragenden Fachleuten, nämlich das

Landesamt für Umwelt. Nur: Diese Behörde hat leider nicht nur zu wenig Personal, sondern überhaupt keine Kompetenzen. Ja, wir finden es sehr gut, dass es sie gibt. Aber noch besser fänden wir es, wenn sie nicht dauernd vergeblich versuchen müsste, das auszubessern, was andere kaputt machen, sondern endlich damit anfangen würde, die Natur und die Umwelt aktiv zu schützen. Ich möchte, dass Sie, wenn unsere Nachfolger*innen in fünfzig Jahren den 100. Geburtstag des Umweltministeriums feiern, im Gegensatz zu uns heute auf eine Erfolgsgeschichte zurückblicken können.

Liebes Umweltministerium – bitte verzeihe die Anrede, aber wir kennen uns schon lange genug –, emanzipiere dich endlich; alt genug bist du. Gib endlich die Leitplanken vor, und trage endlich deinen Teil dazu bei, unsere wunderbare, aber sich im Rückgang befindliche Natur und unsere Umwelt in Bayern zu retten und damit unser aller Zukunft zu sichern – dafür bist du da –, ansonsten bleibst du leider nichts anderes als eine Alibiveranstaltung. Wir helfen dir dabei gerne.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke, Herr Abgeordneter Hierneis. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor; die Aussprache ist geschlossen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.